

Arbeiter

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolumnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „Kleiner Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.
 Anstalts-Preis: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Mittwoch, den 6. Juni 1900.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Die Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes.

Unter vorstehendem Titel veröffentlichte in Nr. 29-31 des „Preussischen Verwaltungs-Blattes“ der Regierungsrat Dr. Hoffmann einen längeren Aufsatz, der schon deshalb Anspruch auf Beachtung hat, weil der Verfasser in seiner Eigenschaft als vortragender Rat im preussischen Handelsministerium speziell die Krankenversicherungsangelegenheiten bearbeitet. Man geht daraus wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß die Ansichten und Absichten, welche in diesem Aufsatz geäußert werden, nicht die Privatmeinung des Verfassers desselben, sondern identisch mit denen der preussischen Regierung, bez. der Reichsregierung sind. Die Arbeiterklasse, namentlich soweit sie in den Krankenkassen versichert ist, wird daher gut thun, zu den in diesem Aufsatz enthaltenen Darlegungen, deren wesentlichen Inhalt wir zunächst in Kürze wiedergeben wollen, beizutreten Stellung zu nehmen.

Die Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes, welche bereits für die nächste Reichstags-Session in Aussicht genommen ist, wird wesentlich veranlaßt durch das Bestreben, zwischen der Invalidenversicherung und der Krankenversicherung einen besseren Zusammenhang zu schaffen. Die Krankenkassen, soweit sie die „gesetzliche Mindestleistung“ gewähren, unterstützen die Versicherten nur 13 Wochen, während die Invalidenversicherung erst nach der 26. Woche eingutreten verpflichtet ist. Die Höhe von der 14. bis zur 26. Woche soll ausgefüllt werden, indem die Unterstützungspflicht der Krankenkassen auf 26 Wochen ausgedehnt wird.

Diese Erweiterung der Kassenleistungen läßt sich jedoch mit Rücksicht auf die finanziellen Verhältnisse der Krankenkassen nicht ohne grundlegende Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes erreichen. Im Jahre 1897 gewährten von den bestehenden 2477 Krankenkassen (Gemeinde-Krankenkassen, Orts-, Betriebs-, Bau-, Innungs-Krankenkassen und freien Hilfskassen) nur 2084 — also etwa der neunten Teil — eine volle Krankenunterstützung über die dreizehnte Woche hinaus. Dabei darf aus verschiedenen Gründen angenommen werden, daß heute auch bei einem großen Teil der Krankenkassen mit dreizehnwöchiger Unterstützungsdauer die Beiträge der Versicherten die Höhe von 3 Proz. des durchschnittlichen Tagelohns nahezu oder vollständig erreichen. Ueber diese Grenze die Beiträge zu steigern, ist den Kassen nach dem geltenden Gesetz nur dann gestattet, wenn dies sowohl von der Vertretung der betriebspflichtigen Arbeitgeber, als von derjenigen der Kassenmitglieder beschloffen wird.

Es wird nun schätungsweise angenommen, daß bei Ausdehnung der Unterstützungsdauer auf 26 Wochen die Mehrbelastung der Kassen sich auf etwa den sechsten Teil der heutigen Belastung belaufen wird. Dem Vorschlag, zur Deckung dieses Mehrbedarfs die großen Ueberschüsse der Invalidenversicherung heranzuziehen, verweist Hoffmann aus verschiedenen Gründen, u. a. deshalb, weil die Krankenkassen als hauptsächlichste Träger der Krankenversicherung nicht entbehrt werden können und die vereinzelt beschriebene Uebertragung der Krankenversicherung auf die Versicherungsanstalten völlig undurchführbar erscheint. Deshalb wird es, so fährt er fort, die wesentlichste Aufgabe der Reform der Krankenversicherung sein müssen, leistungsfähige Träger der Krankenversicherung zu schaffen, denen nicht nur eine Verlängerung der Unterstützungsdauer, sondern auch eine gesteigerte Fürsorge für die Erkrankten zugemutet werden kann.

Diese Erhöhung der Leistungsfähigkeit soll aber im wesentlichen erreicht werden ohne Steigerung der Beiträge, da „im Hinblick auf die schließlich in Aussicht genommene Erweiterung der Arbeiterversicherung auf das Gebiet der Witwen- und Waisenversorgung eine Vermehrung der Lasten für die bereits vorhandenen Zweige der Arbeiterversicherung thunlichst vermieden werden muß“. Obgleich werden sich die Beiträge für die Unfallversicherung bis zur Erreichung des Beharrungsstandes noch erheblich steigern.

Ohne Erhöhung der Beiträge lassen sich nun die Träger der Krankenversicherung leistungsfähiger machen durch die Centralisation der Krankenkassen. Die bestehende Zersplitterung soll beseitigt werden. An die Stelle der heutigen Ortskrankenkassen, die in der Regel nur für die in einem Gesundheitszweige beschäftigten Personen errichtet sind, soll für den Bezirk einer oder mehrerer Gemeinden nur eine Orts-Krankenkasse treten, der alle im Bezirk der Kasse beschäftigten versicherungspflichtigen Personen angehören müssen; als Beispiel für die Leistungsfähigkeit solcher großen Kassen führt Hoffmann die Leipziger Orts-Krankenkasse an, die bei Beiträgen in Höhe von 3 Proz. des Lohns Krankenunterstützung für 24 Wochen, Familienunterstützung (freien Arzt, Arznei und Sterbegeld) und in verhältnismäßig großem Umfange Heilanstaltenpflege in Heimstätten und durch Wadecuren gewährt.

Die Centralisation würde neben dem wirtschaftlichen Nutzen auch nach anderer Richtung noch mancherlei Vorteile bieten. Die Arbeitgeber würden dann nicht mehr, wie es bisher häufig der Fall war, im unklaren darüber sein können, welche Kasse für ihren Betrieb zuständig ist. Die Arbeiter würden nicht mehr beim Wechsel der Arbeitsstätte auch die Kassenmitgliedschaft wechseln müssen; und mit diesem Wechsel war bisher in vielen Fällen der Verlust aller, durch langjährige Mitgliedschaft in der früheren Kasse erworbenen Rechte — Anspruch auf längere Unterstützungsdauer usw. — verknüpft. Centralisierte Kassen würden vor allem auch im Stande sein, eine ordnungsmäßige Statistik über die Krankheitsursachen und den Verlauf und die Dauer der Krankheiten aufzustellen und dadurch unschätzbare Material zur Beurteilung und Bekämpfung der gewerblichen Krankheiten zusammenzutragen.

Die centralisierten Orts-Krankenkassen würden in weit höherem Maße noch ihre Aufgabe erfüllen können, wenn sie als alleinige Träger der Krankenversicherung zugelassen und die Gemeinde-Krankenversicherung, die Betriebs-, (Fabrik-), Bau-, Innungs- und Hilfskassen in sich aufnehmen würden. Aber aus verschiedenen Gründen (N) wird eine Beseitigung der Betriebs-, (Fabrik-), Bau- und Innungs-Krankenkassen wohl

kaum in Frage kommen. Dagegen dürfte die Abschaffung der Gemeinde-Krankenversicherung ernstlich in Erwägung zu ziehen sein. Grundsätzlich sollte nach den Absichten des Gesetzgebers diese Art der Versicherung nur „subsidiär“ (ausschließweise) dort eintreten, wo bei der Gliederung der Orts-Krankenkassen nach Berufsgruppen einzelne Betriebe unverfügt bleiben, oder wo bei Schließung einzelner Orts-Krankenkassen die Ueberweisung der Mitglieder an andere Kassen unzumutbar ist. Die Ausdehnung, welche die Gemeindeversicherung in einzelnen Bezirken, namentlich in Bayern, gewonnen hat, war keineswegs beabsichtigt und kann auch in Bezug auf die minderwertigen Leistungen dieser Art der Versicherung nicht erwünscht erscheinen. Die „qualifizierten“ Arbeiter fahren bei der Gemeinde-Krankenversicherung recht schlecht, da hier das Krankengeld nur nach dem „ordentlichen Tagelohn gewöhnlicher Tagelöhner“, nicht nach „dem durchschnittlichen Tagelohn der Versicherten“ bez. dem wirklichen Arbeitsverdienst berechnet wird. Wöchnerinnen-Unterstützung und Sterbegeld gewährt die Gemeindeversicherung gar nicht.

Zur Beseitigung der Gemeindeversicherung aber würde man sich nur ungern entschließen können, wenn die Einrichtung der Verwaltung der Orts-Krankenkassen so bliebe, wie sie nach dem bestehenden Gesetze ist, wenn die Arbeiter in der Verwaltung die Oberhand behielten und nicht dem Mißbrauch der Kassenverwaltung zu politischen Zwecken oder gar zur Terrorisierung der Versicherten, der Ärzte, der Apotheker und der sonstigen Lieferanten der Kasse energisch gesteuert würde.

Die „gründliche Umgestaltung“ der Krankenkassen-Verwaltung, welche Voraussetzung für die Aushebung der Gemeindeversicherung sein soll, wird damit beginnen müssen, daß den Arbeitgebern die Verpflichtung zur Zahlung der Hälfte der Beiträge aus eigenen Mitteln auferlegt und ihnen dafür das Recht eingeräumt wird, im Vorstand und in der Generalversammlung über die Hälfte der Stimmen zu verfügen. Da bei einer Centralisierung der Kassen mit Sicherheit auf eine Herabsetzung der Beiträge gerechnet werden kann, so würde diese ohnehin nur geringfügige Mehrbelastung gegenüber den bisherigen Beiträgen überhaupt nicht zum Ausdruck kommen.

Weiter aber soll die Verwaltung der Orts-Krankenkassen an die Verwaltung der betr. Gemeinde bez. des Kommunalverbandes „angegliedert“ werden, indem diese letzteren berechtigt sein sollen, den Vorsitzenden der Kasse aus der Zahl der Gemeindebeamten zu ernennen und die Kassenbeamten vorbehaltlich der Erstattung der Gehälter zur Verfügung zu stellen.

Sollte diese Angliederung aber nicht gelingen, dann müßte jedenfalls das Aufsichtsrecht der Aufsichtsbehörde erweitert werden. Insbesondere müßte dieselbe das Recht erhalten, Mitglieder des Vorstands und Kassenbeamte, welche ihre Amtspflicht verlegen, zu entfernen, Ausgaben zwangsweise in den Etat einzustellen und den Vorsitzenden zur Verantwortung ungesetzlicher und unbefugter Beschlüsse des Vorstands und der Generalversammlung anzuweisen.

Während, wie schon erwähnt, die Beseitigung der Betriebs-, Bau- und Innungs-Krankenkassen „mehr als zweifelhaft“ erscheint — auf die Begründung gehen wir später ein —, sollte man sich dazu entschließen, die Hilfskassen in Zuschüsse umzuwandeln und sie bei der Durchführung der Krankenversicherung nicht mehr zu berücksichtigen.

Die Bestimmung über die Gründung von Krankenkassen-Verbänden wird nicht zu ändern sein; es soll also auch femerhin nicht gestattet sein, Kassenverbände zu gründen, die über den Bezirk einer Aufsichtsbehörde hinausgehen.

Die Frage der ärztlichen Behandlung der Kassenmitglieder wird nach Ansicht Hoffmanns bei dieser geänderten Organisation der Krankenkassen wesentlich an Bedeutung verlieren. Trotzdem wird die Arztfrage bei der Revision des Krankenversicherungs-Gesetzes eine gewisse Rolle spielen. Hoffmann geht deshalb auch auf die Hauptforderungen der Ärzte: die gesetzliche Festlegung der „freien Arztwahl“ und die Ausschließung der Kurpfuscher von der Behandlung der Kassenmitglieder ein. Eine Festlegung der freien Arztwahl im Gesetz ist nicht zu erwarten. Dagegen würde den Kassen die Verpflichtung auferlegt sein, über die Art der Gewährung der freien ärztlichen Behandlung Vorschriften zu erlassen, die der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörden bedürfen. Diese wären von der Landes-Centralbehörde anzuweisen, so weit die örtlichen Verhältnisse es gestatten, auf die Zulassung einer möglichst großen Zahl von Ärzten hinzuwirken und vor Erteilung der Genehmigung die Ärztekammer zu hören.

Ob es gelingen wird, den Kassen die Zuziehung von nicht approbierten Personen zu verbieten, so lange die Ausübung der Heilkunde durch die Gewerbe-Ordnung grundsätzlich freigegeben ist, bleibt abzuwarten. Jedemfalls dürfte — im Falle einer dahingehenden Abänderung des Gesetzes — es unbedingt sein, die höheren Verwaltungsbehörden zu ermächtigen, den Kassen die Erlaubnis zur Heranziehung amerikanischer Zahnärzte und im Ausland approbiierter weiblicher Ärzte zu erteilen.

Zur Beseitigung der Streitigkeiten zwischen Apothekern und Kassen wird die freie Wahl der Apotheke durch Gesetz den Kassenmitgliedern nur dann eingeräumt werden können, wenn die Landescentralbehörden, wie dies in Süddeutschland geschieht, die Taxen der Apotheken bei Lieferung für die Kassen ermäßigen. Außerdem wird den Kassen die Befugnis einzuräumen sein, für die Entnahme von Drogen, Binden, Bandagen usw. nur bestimmte Drogenhandlungen oder Geschäfte zuzulassen.

Zu erwägen wäre femer, ob nicht von vornherein die Einleitung der Mitglieder in Lohnkassen erfolgen sollte. Den für die Bemessung des Krankengeldes „ausgangspunktlichen Lohn“ auf 5 Mark zu erhöhen, dürfte angezeigt sein; ebenso wird es erwünscht sein, die Wöchnerinnen-Unterstützung gesetzlich auf sechs Wochen auszudehnen. Eine Weitergewährung des Krankengeldes

über die 26. Woche hinaus wird nicht zu gestatten sein. Die Weitergewährung ärztlicher Behandlung, freier Arznei usw. bis zum Ablauf eines Jahres soll zulässig sein.

Eine Entziehung des Krankengeldes bei „Krankheiten, die durch geschlechtliche Ausschweifung hervorgerufen sind“, wird nicht mehr gestattet werden.

Der Versicherungszwang soll auf die Landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Arbeiter, sowie auf das Gesinde ausgedehnt werden, allerdings mit der Einschränkung, daß „zur Schonung des patriarchalischen Verhältnisses und zur Entlastung der Arbeitgeber die Möglichkeit gegeben wird, die Befreiung der Arbeiter von der Versicherung zu beantragen.“

Auch die ausländischen Arbeiter sollen der Versicherungspflicht unterworfen werden, dagegen soll nach wie vor die Aushebung des Versicherungszwangs auf die Hausindustriellen den Gemeindebehörden bezw. dem Bundesrate vorbehalten bleiben.

Soweit der wesentliche Inhalt der Hoffmannschen Ausführungen. In einem folgenden Aufsatz werden wir in eine Kritik derselben eintreten, wobei sich Gelegenheit finden wird, noch einige Einzelheiten nachzutragen. C. F.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Juni.

Die Flottenvorlage.

Die lange Reichstags-Sitzung von über 200 Sitzungen geht zu Ende. Neben der Behandlung des Reichs-Steuerengesetzes und der socialdemokratischen Interpellation über einzelstaatliche Kontraktbruch-Gesetze ist in dem am Mittwoch beginnenden kurzen Schlußabschnitt der Session die Flottenvorlage endgültig erledigt, deren Grundzüge schon im vorigen Herbst angefündigt waren und deren Diskussion den ganzen Winter und Frühjahr hindurch die Öffentlichkeit bewegt hatte. Neues wird nun nicht mehr gesagt werden und der Erfolg der Vorlage ist gesichert. Auch ohne die Herren Hesse und Lehr, die der Welt verkünden, daß sie ihrem altdentschen Verbandstag entfangenköpfe fernbleiben müssen, um im Reichstag die Flotte zu retten, gelangte die heißverlangte große Flotte sicher in den Hafen.

Die unvergleichlich gewaltigen Marineforderungen der Regierung werden in fast vollem Umfange von der Reichstagsmehrheit bewilligt. Die Regierung hat sich zudem durch die Nichtfestsetzung von Fristen, binnen denen die neuen Kriegsschiffe zu vollenden sind, die leichte Möglichkeit vorbehalten, den Plan, den sie bisher auf zwei Jahrzehnte berechnet hat, in weit kürzerer Zeit zu vollenden.

Die Weltmachtpolitik triumphiert. Sie triumphiert durch eine eigne Ironie des Geschicks wider den Willen derer, die ihren Sieg bereitet haben. Weder den Junkern noch dem Centrum ist es wohl bei der Bewilligung der vielbesprochenen „gräßlichen Flotte“. Das Centrum insbesondere vollführt nicht ohne Besorgnis das gewiß durch frühere Bewilligungen vorbereitete, aber jetzt sich vollziehende Einschwenken in die militaristisch-marinistische Politik, gerade da diese zu ungeschwehlichen Plänen angreift denn je. Doch das Centrum, einschließlich des bisher stets marine-oppositionellen bairischen Flügels ist bereit, eine von ihm selbst als volkschädigend betrachtete Politik zu fördern, um die Gnaden und Vorteile der Regierungspolitik zu genießen, wie es, um die weltliche Macht der Kirche zu mehren, alle christlichen Ideale geschändet hat. Die große politische Rolle, zu der das Centrum durch seine ausschlaggebende Stellung im Reichstage gelangte, fand ein gewissfüchsiges, feiges, verräterisches Geschlecht. Das Centrum glaubte zu schieben, aber es wurde geschoben durch die in der Nacht und im Kapital Sitzenden, welche die einst störrische Partei sich unterthan machten. Die langhin gezogenen Auseinandersetzungen in der Budgetkommission waren nur eine Spiegelgeschichte zur Täuschung der Wählermassen, denen das Centrum durch ein eifriges Disputierpiel mit den Regierungsvertretern seine Sorgsamkeit beweisen will. Aus all den zahlreichen Fragen und Anregungen und all den Wendungen und Bindungen der Centrumsführer ist schließlich die Thatsache der Bewilligung aller höchstgepaunten Marine-Ansprüche übrig geblieben.

Einzig in der Steuerfrage hat das Centrum eine gewisse Verbesserung der Regierungsvorlage durchgekehrt, ohne doch ein wirklich großes Steuerwesen angebahnt zu haben, wozu die denkbar beste Gelegenheit gegeben war. Ueberdies hat das Centrum die Verbesserungen in der Deckungsfrage hundertfach durch das Versprechen der Getreidezollerhöhung weggemacht. Hätte aber das Centrum für eine gute Steuerpolitik besser gesorgt als es gethan, so wäre das ein geringes gegenüber der verderblichen Unterstützung der weltmachtpolitischen Entwicklung in Deutschland, die nun für die ganze Welt neue Antriebe empfängt.

Die Begründung der Vorlage hatte sich in die geheimnisvolle Schredenstammer der Budgetkommission gesücht. Das Geheimnis bestand aber, wie jeder weiß, in nichts als in der Wahndee, daß Deutschland in Zukunft auch der größten Seemacht, auch England gegenüber zur See gemacht werden müsse. So soll denn Deutschland, wie es bisher auf dem Kontinent in den Heeresrüstungen den Nachbarstaaten stürmisch vorantrieb, nun auch im Wettbau der Kriegsschiffstolosse mit den seemächtigsten Staaten rivalisieren. Ein völkerberühendes, ungeheuerliches Beginnen kulturwidriger Mächte! Schon bekunden die unverantwortlichen Weltmachtpolitiker der Alldeutschen und des freisinnig vereinigten Liberalismus ihre Ungesundheit mit einer Flotte, die „nur“ denselben wirken

fol, zu bekunden. In einem freisinnigen Blatte, das durch
Hottentot den Antisemitismus der Regierung zu überwinden
gedenkt, liest man heute eine Zuschrift, die klagt, daß Deutsch-
land aus Mangel an einer genügend mächtigen Flotte nicht
in den südamerikanischen Krieg einzugreifen vermocht habe. Bald
werden vielleicht die veranwortlichen Weltmachtpolitiker
zu der Einsicht gelangen, daß eine starke Flotte nicht nur zur
Verteidigung, sondern zu Eroberungen in fremden Zonen gut
ist. Und da die Flotte durch die jetzige Vorlage zu solchen
Zielen noch nicht stark genug, so muß sie weiter vermehrt
werden, ohne Maß und Ende.

Zwischen all dieser wüsten Ueberstürzungen des Marinis-
mus wird die Socialdemokratie ihre Politik der
Friedenspflege und der kulturellen Völker-
einigung um so nachhaltiger und ernster betätigen. —

Die Neuwahlen in Italien

haben am Pfingstsonntag stattgefunden, und der Pfingstgeist hat sich
über das Land ergossen. Die Ruhe — meldet der Telegraph — ist
nicht gestört worden. Als ob die Ruhe bei solchen Gelegenheiten
jemals gestört wurde, wenn nicht die herrschende Partei mit ihrer
Polizei Ruhestörungen macht, um das Wahlergebnis zu fälschen.
Und Herr Pelloux, dessen Kagenjammerlichkeit aus seiner sogenannten
Programmrede — Programmlosigkeit ist auch ein Programm —
herausgeht, war nicht in der Stimmung und auch nicht in der Lage,
Ruhestörungen verüben zu können.

Herr Pelloux hatte ja schon tatsächlich seine Ohnmacht
verfunden, als er zur Auflösung der Kammer schritt.
Die Kammer war ihm ja in ihrer erdrückenden Mehrheit
vollständig zu Diensten — allein er konnte mit seiner Majorität
nichts anfangen. Zu schwach zum Diktator, ließ er das schon er-
hobene Schwert sinken, und wagte nicht, die Ausnahmegehalte aufrecht
zu erhalten. Er ergriff das Gaiemenpanier vor der äußersten Linken
und löste die Kammer auf. Sein Zweck war dabei nicht sowohl die
Regierungspartei zu stärken — sie war ja numerisch stark genug für
alles, was die Regierung wollen konnte — als die äußerste Linke,
vor der er ausgereißt war, zu schwächen, wo nicht zu zer-
malmen.

Wohlan, dieser Zweck ist nicht erreicht worden. Die äußerste
Linke — insbesondere ihr Kern und ihre Kraft — die Socialistische
Fraktion hat an Stimmenzahl und an Mandaten sehr
erheblich gewonnen, weit über unser äußerstes Hoffen,
und die Regierungspartei hat zwar einen Zuwachs von
einigen Mandaten erlangt, allein auf Kosten der
Mittelparteien, die im Grund die besten Stützen der Regierung
sind. Der Hauptfeind gestärkt und sich selbst den
Boden unter den Füßen weggezogen — das ist für die
Regierung das Facit des Wahlkampfes.

Betrachten wir zunächst, um vergleichen zu können, die Partei-
verhältnisse der vorigen Kammer. Sie war wie folgt zusammen-
gesetzt: 296 Conserven, 32 Dissidenten der Rechten, 104 kon-
stitutionelle Linke unter Führung von Zanardelli und Giolitti, 71
extreme Linke, hierunter 16 Socialisten.

In Italien ist es bekanntlich Gesetz, daß jedes Jahr im
Juni die Wählerlisten erneuert werden müssen. Mit seiner
Unterschiedslosigkeit wollte Pelloux das ausnützen und setzte die
Neuwahlen auf den ersten Sonntag des Juni fest, damit sie nach
den alten Wählerlisten vorgenommen würden. Die seitdem zu-
gewachsenen Wähler, die wie überall, zumeist den Oppositionsparteien
angehören, sollten dadurch um ihr Wahlrecht geprellt werden. Unsrer
Gemeinden liegen sich das aber nicht gefallen.

In Mailand z. B. wurde die Ablicht der Regierung ver-
evelt, binnen drei Tagen wurden die neuen Wählerlisten, deren Auf-
stellung schon vorbereitet war, fertig gestellt. Die Gemäßigten in
Mailand hatten gegen die Aufstellung der neuen Listen beim obern
Gerichtshof Einspruch erhoben, doch dieser erklärte sich für in-
kompetent. So konnten mehr als 4000 neue Wähler in Mailand
ihre Wahlrechte ausüben.

Das meiste Interesse richtete sich auf die Wahlkämpfe: in
Mailand zwischen dem Socialisten Raimo und dem Präsidenten
der Kammer Colombo, der stets das Spiel der Majorität gegen
die Rechte der Minderheit geführt hat; in Rom zwischen Enrico
Ferrari, dem Führer der Opposition und dem extremen Reaktions-
Santini; in Florenz zwischen dem neuen Zugführer der extremen
Linken, dem Dichter D'Annunzio gegen Cambraia, dem
Urheber des parlamentarischen Knebelgesetzes; in Neapel zwischen
dem Republikaner Motelli und Casaia, dem Kandidaten der
Camorra; und in Palermo, wo die Mafia den Mörder
Rotarbartolos, den Massenverbrecher Pallizolo, Crispis Kreatur,
wieder aufzustellen die Schamlosigkeit gehabt hat.

Und nun zu dem Resultat der Sonntagswahl, so weit es uns
vorliegt. Unser italienischer Korrespondent telegraphiert uns:

Rom, 5. Juni, nachm. Glänzender Triumph der äußersten
Linken. Ueberall Vermehrung der socialistischen Stimmen. In
Mailand alle reaktionären Kandidaten geschlagen. Colombo, der
Mann der Geschäftsordnungs-Guillotinen und Vigani, der frühere
Minister unter dem Belagerungszustand, sind auf der Strede geblieben,
alle Socialisten wiedergewählt; nur Visolati noch in Stichwahl.
Krugewählte Socialisten: Raimo, Vigna, Todeschini, Monte-
martini, Borciani, Rondoni, Rigola, Zerbolio, Roe, Marscheseano,
Albertelli. Ferreri ist doppelt gewählt. Desgleichen Costa. Wir
sind in zwölf Stichwahlen. Die Republikaner rücken in die neue
Kammer mit 27 Abgeordneten — 8 gewonnen — und sie haben
5 Stichwahlen; die Radikalen haben 32 Mandate — 6 gewonnen —
5 Stichwahlen; die äußerste Linke zusammen zählt in der neuen
Kammer 85 Mitglieder — ein Gewinn jetzt schon von 18. Wir
rechnen durch die Stichwahlen auf 95 zu kommen. Die Mailänder
Consortoria (Clique), die an der Spitze der Reaktion steht, ist aufs
Haupt geschlagen. Die Florentiner Reaktionsclique hat zwei
Stichwahlen und ist durch die Socialisten bedroht. Sogar
in Süditalien hat unsre Partei herrliche Siege davon
getragen, trotz der dort herrschenden enormen Corruption.
Pallizolo, der Kandidat der Mafia, ist gefallen. Die konstitutionelle
Opposition ist ziemlich gleich geblieben, sie hat Siege gewonnen
und verloren. Die Wahlen haben die politische Ueberlegenheit des
Nordens über den Süden wieder gezeigt, aber auch daß im Süden
die Opposition wächst und der Socialismus Fortschritte macht. Die Zu-
nahme unsrer Stimmen übertrifft alle unsre Erwartungen. Die Regie-
rung ist unmöglich geworden; sie kann der mächtigen Strömung im
Land nicht widerstehen. Pelloux wird gehen oder gegangen
werden.

So unser italienischer Korrespondent, der selbst mitten im Kampf
gestanden hat.

Da er nicht von Verlusten der konstitutionellen Opposition spricht,
scheint es mit der vermehrten Regierungsmajorität, von der die Tele-
gramme reden, sehr windig bestellt zu sein.

Der Wahlkampf war ungewöhnlich lebhaft — die Zahl der
Kandidaturen größer als bei irgend einer früheren Wahl. Die
äußerste Linke sandte 292 Kandidaten in den Wahlkampf: 64 Radika-
le, 71 Republikaner, 147 Socialisten, während auf der Rechten das
Verhältnis ungefähr das gleiche war.

Unsrer deutscher Staatspolitiker, die sich eingebildet hatten, in
bierzehntägigen Wahlkämpfen den Stein konservativer Weis-

heit gefunden zu haben, werden vordrückt dastehen vor dem ebenso
glänzenden wie entscheidenden Sieg der Opposition und des Socialis-
mus in den italienischen Neuwahlen, die ganz nach dem abgeklärten
Verfahren, das unser Staatspolitiker Ideal ist, vorgenommen
worden sind. Der erwachte Volksgedanke spottet solcher Spinnweben
der politischen Kleingeister und Sturpsünder und zerweist ihre festesten
Reze wie moirische Zwirnsfäden.

Und nun ein Bravo aus vollster Brust unsrer
italienischen Brüder. Sie haben Wort gehalten.
Sie haben ihre Schuldigkeit gethan und sich
verdient gemacht um ihr unglückliches, ge-
fuchtetes, ausgefogenes Vaterland und um die
völkerbefreiende internationale Socialdemo-
kratie. —

Deutsches Reich.

An der Schulkonferenz.

die am Mittwoch beginnt, wird der Kaiser nicht teilnehmen. Er
hat eine Abgabe geschickt.

Es ist also keine Rede zu erwarten, wie die auf der Schul-
konferenz vor 10 Jahren. Damals führte der Kaiser in der längsten
Rede, die er wohl jemals gehalten hat, u. a. aus:
„Wenn die Schule das gethan hätte, was von ihr zu ver-
langen ist — und ich kann zu Ihnen als Eingeweihter sprechen,
denn ich habe auch auf dem Gymnasium gelehrt und weiß, wie
es da zugeht —, so hätte sie von vornherein von selber das
Gesicht gegen die Socialdemokratie übernehmen müssen. Die
Lehrerkollegien hätten alle miteinander die Sache fest ergreifen
und die heranwachsende Generation so instruieren müssen, daß die-
jenigen jungen Leute, die mit mir etwa gleichaltrig sind, also von
etwa 30 Jahren, von selbst bereits das Material bilden würden,
mit dem ich im Staate arbeiten könnte, um der Bewegung
schneller Herr zu werden. Das ist aber nicht der Fall ge-
wesen.“

Die Schule habe nicht die Jugend angefeuert und ihr klar
gemacht, daß das neue Staatswesen dazu da wäre, um erhalten zu
werden. Es entwickelten sich schon jetzt im Reich centrifugale
Tendenzen. „Ich kann das gewiß genau beurteilen, weil ich oben
stehe und an mich alle solche Fragen herantreiben.“ Der Hauptgrund
sei, daß seit 1870 die Philologen als beati possidentes (glückliche
Besitzende) im Gymnasium gelehrt haben und hauptsächlich auf den
Lernstoff, auf das Lernen und Wissen, den Nachdruck gelegt haben,
aber nicht auf die Bildung des Charakters und die Bedürfnisse des
jetzigen Lebens.

„Wenn ich nun zurückgreife auf die Schulen und speciell auf
das Gymnasium selber, so weiß ich sehr wohl, daß in sehr vielen
Kreisen man mich für einen fanatischen Gegner des Gymnasiums
hält und mich auch zu Gunsten anderer Schulformen ausgepielt
hat. Meine Herren, das ist nicht der Fall. Wer selber auf dem
Gymnasium gewesen ist und hinter die Coulissen gesehen hat, der
weiß, wo es da steht. Und da steht es vor allem an der
nationalen Basis. Wir müssen als Grundlage für das
Gymnasium das Deutsche nehmen; wir sollen nationale junge
Deutsche erziehen, und nicht junge Griechen und Römer.“

Dann forderte der Kaiser die Pflege des Rationalen in Ge-
schichte und Geographie:

Vor allen Dingen müssen wir in der vaterländischen
Geschichte Bescheid wissen. Der Große Kurfürst war zu meiner
Schulzeit nur eine nebelhafte Erscheinung; der Siebenjährige Krieg
lag bereits außerhalb aller Betrachtung, und die Geschichte schloß
mit dem Ende des vorigen Jahrhunderts, mit der französischen
Revolution. Die Freiheitskriege, die das Wichtigste sind für den
jungen Staatsbürger, wurden nicht durchgenommen. Warum
werden denn unsere jungen Leute verführt? Warum tauchen
so viele unklare, konfuse Weltverfechter auf? Warum wird
immer an unsrer Regierung herumgerüttelt und auf das
Ausland verwiesen? Weil die jungen Leute nicht wissen, wie
unsre Zustände sich entwickelt haben, und daß die Wurzeln in dem
Zeitalter der französischen Revolution liegen.“

Des weiteren sprach der Kaiser von der Ueberbürdung und der
Ueberproduktion an Gelehrten.

Die sämtlichen sogenannten Pangerichtkandidaten, namentlich
die Herren Journalisten, das sind vielfach verkommenes Gyn-
nasialien, das ist eine Gefahr für uns. Dieses Uebermaß, das
jetzt schon zu viel ist, gleichsam ein Riesfeld, das nicht mehr auf-
nehmen kann, muß beseitigt werden. Ich werde daher kein
Gymnasium mehr genehmigen, das nicht absolut seine Existenz
berechtigung und Notwendigkeit nachweisen kann. Wir haben schon
genug.“

Ermerrt sei schließlich noch daran, daß der Kaiser am 4. De-
zember von dem damaligen Kultusminister v. Gohler rühmte, daß
der deutsche Staat und das Königreich Preußen seit langen Jahren
keinen so tapfern, hingebenden und hervorragenden Kultusminister
gesehen hat. Am 18. Dezember erhielt dann Herr v. Gohler das
Bild des Kaisers mit der Unterschrift „Sie volo, sie jubeo“, so will
ich, so befehle ich.

Eine an diese Unterschrift geknüpfte familiäre Kritik soll dann
den Anlaß zur Entlassung Gohlers gegeben haben. —

Andnahmegelese gegen die Verkehrsarbeiter fordert
tätlich mit wachsender Freiheit die „Post“, nachdem auch in
andern Städten die Straßenbahnen in den Ausstand treten. Das
Blatt heßt:

„Daß radikal-liberale Blätter für die Andnahmestellung, welche
die Socialdemokratie nach ihren gemeinsamen Grundgründen im öffentlichen
Leben einnimmt, kein Verständnis haben, ist eine beklagenswerte That-
sache, und sie ist geradezu unbegreiflich. Wenn einmal durch die
Lässigkeit und deplacirte Rücksicht der Behörden
eine Verkehrsstockung größten Stils eintreten sollte,
dann würden dieselben Elemente, die heute aus rein doktrinären
Freiheitsbunsel den auf die Abwendung der Gefahr bedachten Ver-
hörden in den Arm fallen würden, natürlich mit aller Macht
nach der Staatshilfe rufen. Wer aber bei Zeiten an die
Seite der Behörden tritt, der muß sich von ihnen den
Vorwurf reaktionärer und gewaltthätiger Gesinnung gefallen
lassen. Indessen wir scheuen ihn nicht und widerholten
deshalb nochmals: Unnachlässige Bekämpfung jeder Lieb-
äugelei zwischen Verkehrsangehörigen mit der Social-
demokratie ist eine moralische Pflicht der Behörden.“

Die ausgebeuteten Angehörigen der Verkehrsanstalten sollen also
gewaltfam daran gehindert werden, um eine Verbesserung ihrer
Lebenslage zu kämpfen. Wunderbar, wie verkehrte Dinge sich jetzt
daselbe Blatt zeigt, dessen Hintermann die Erschließung neuer
Verkehrswege — wie des Mittelrand-Kanals — perfid zu verhindern
gehört haben. —

Einen Schildhalter der Socialdemokratie nennt die „Post“
ihren ehemaligen Parteigenossen Professor Hans Delbrück, weil er
in der Beurteilung der Heineckecampagne das Verdienst der Social-
demokraten anerkannte. Und die „Arbeiter-Zeitung“ vernüht aus
diesem Anlaß bei den Gelehrten und Künstlern die Weite des
Blicks, die sie befähigt, die Folgen ihrer Reden und Handlungen zu
übersehen.“

Warum haben sie auch nicht die Weite des Blicks und des
— Gewissens, die den Herren Gröber, Stöder und Jedlitz eigen-
tümlich ist? —

Heber die Kanalvorlage berichtet Schweinburg:
Es kann als feststehend gelten, daß die Vorlage in dieser
Sommertagung nicht mehr an den Landtag gelangen wird. Dagegen
sollen Ergänzungen im Gange sein, den Landtag im
Spätherbst, etwa zu derselben Zeit wie den Reichstag, zu berufen
und als einzigen Verhandlungsgegenstand die Kanalvorlage einzu-
bringen. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß dem Abgeordneten-
haufe über diese Absichten der preussischen Staatsregierung demnächst
Mitteilung gemacht werden wird.

Die löbliche Regierung ist sich offenbar selbst noch nicht klar,
was sie eigentlich thun soll. —

Die Verschleuderung der Schutzgebiete an private Ge-
sellschaften kam auf der Hauptversammlung der deutschen Kolonial-
gesellschaft in Koblenz zur Sprache.

Passarge-Berlin brachte die Beschwerden gegen das
Kolonialamt vor, weil dieses deutsche Schutzgebiete verschleudere.
Insbesondere griff er die deutschen Mitgliedschaften englischer Gesellschaften
an, namentlich den Dr. Scharlach-Hamburg, der einer der Direktoren
der in London residirenden South-West-African-Company ist. Er
ruft ihm schließlich zu: Sehen Sie mich mal an, Herr Dr. Schar-
lach, wenn Sie den Mut haben!

Dr. Scharlach (in höchster Erregung): Das werde ich nicht
thun! Das ist ja eine Frechheit, eine Unverschämtheit! (Allgemeine
Ohrneubung und große Bewegung.)

Herzog Johann Albrecht: Ich ersuche dringend, alle Zwischen-
rufe und beleidigenden Bemerkungen zu unterlassen!

Dr. Passarge erklärt, er habe nichts mehr hinzuzufügen.
In fast einstündiger Rede verteidigt sich Dr. Scharlach. Er
nehme das Recht für sich in Anspruch, ein ebenso guter Patriot und
Kolonialpolitiker zu sein wie die anwesenden Mitglieder der Kolonial-
gesellschaft. (Beifall und großes Lachen.)

Nachdem auch der frühere Minister v. Hoffmann sich gegen
Dr. Scharlach ausgesprochen hatte, wurde eine Resolution an-
genommen, welche den Reichskanzler ersucht, nur solche Gesellschaften
auf Grund von Land- oder sonstigen Konzessionen zur wirtschaft-
lichen Erschließung der Kolonien zuzulassen, in deren Verwaltung
der deutsche Einfluß ausgedehnt und gesichert ist und sich dauernd
gesichert bleibt.

Einküftet man sich in der Kolonialgesellschaft wirklich ernstlich,
daß die Kolonialpolitik nur eine Art privater geschäftlicher Aus-
beutung ist, die das Reich subventioniert? —

Die unüberwindliche Macht der Socialdemokratie wird
wider die Ansicht von dem Jahresbericht der Handelskammer zu
Münster anerkannt. Es heißt darin:

„Wäre der Socialismus, wie behauptet, lediglich oder haupt-
sächlich eine Fragenfrage, so müßten ihm die gegenwärtigen Zeiten
guter Konjunktur und ausreichenden Verdienstes einen Nudigung
gebracht haben. Dem aber ist keineswegs so; die Bewegung
unter unsrer Arbeiterschaft, genährt durch eine unermüd-
liche Agitation, nimmt von Jahr zu Jahr zu. Auch die
Führer sei es, welchem der Socialismus wesentlich seine
Fortschritte verdankt, daß wenigen Verführern eine große
Anzahl gedankenloser Verführter gegenüber stände,
wäre falsch. Ihr widerspricht die Entschiedenheit in der Be-
wegung der Massen. Es hieße Illusionen erwecken, wollte man
durch diese unsachliche Trennung der nicht so sehr unre moderne
Gesellschaft als die ruhige wirtschaftliche Entwicklung unsrer Vater-
lands schwer bedrohenden Erscheinung den Stempel künstlicher
Mache und immer Unwahrheit aufdrücken.“

Man sieht: Auch den Federagenten des Kapitalismus dämmert
allmählich ein wenig Erkenntnis auf. Man lernt, die Thatfachen
anzuerkennen. Nur so komischer wird nach solchem Anlaß von Ein-
sicht dann das Rezept, das der Bericht wider die „Gefahr“ vorschlägt.
Man solle den Arbeiter über den Irrtum aufklären, daß ihm der
Besitz verleihe, die sociale Stufenleiter über ihm abgedreht sei,
Rein, wenn er nur hübsch sparsam und mäßig sei, könne er es auch
zu Ansehen und Würden im Reiche der Besitzenden bringen und
brauche nicht mehr den Parteizehnten als einzig mögliche Anbahn-
Anlage zu betrachten. Die Sparsamkeit birgt also die Lösung der sozialen
Frage. Aber die nicht allein. Sondern auch der Staat muß ein-
greifen. Etwa durch eine radikale socialpolitische Gesetzgebung? Ach
nein, sondern vielmehr durch den Staatsanwalt: „Gegen Stören-
friede und Agitatoren... kann es nur ein Verhalten geben: eiserne
Strenge, unumstößliche Abhandlung aller gegen unsre Staats-
und Gesellschaftsordnung gerichteten Handlungen und Veruche.“

So vereint sich die Spargenie mit dem Scharfmacher Stumm,
und mit dieser Verbindung wird die unüberwindliche Macht der
Socialdemokratie überwunden werden. —

Zum Kapitel: „Schuh vor Schuhen!“

wird uns aus Elshah-Lothringen geschrieben: Es muß in
der That schon weit gekommen sein mit den Uebergriffen der Polizei-
gewalt gegenüber der persönlichen Freiheit des Staatsbürgers, wenn
bereits ungewissheit ordnungs- und regierungsfreundliche Staats-
strafen in eben solchen Verhörungen ihre warnende Stimme gegen
diese Mißstände erheben zu müssen glauben.

Unter der Spigmarke „Verhaftung und Handfessel“
berichtet man dieser Tage dem reichsständischen Ableger der
„Rheinischen Zeitung“, der streng governmentalen „Straß-
burger Post“, von hochgeschätzter juristischer Seite über
einen empörenden Polizeigriff, dessen Opfer ein zweiund-
sechzigjähriger, völlig unbescholtener Arbeiter, ein
Familienvater mit sieben Kindern, war. Anlaß zu dieser Maßregel
gab die Thatfache, daß anfangs Mai d. J. ein Soldat vom
Infanterie-Regiment Nr. 60 in Weichenburg desertiert, bald aber
wieder eingefangen worden war. Der Flüchtling war bei seiner
Zurücknahme in Zivilkleidern, die er nebst Speise und Zehrgehd von
einem Manne in der Nähe des Dorfes Lembach erhalten haben
wollte. Dabei hatte der Deserteur als Kennzeichen für
den Helfer auf der Brust unter andern angegeben: blaue
Hose, weißes Halstuch, Spaten zc. Diese Angaben genügten
den beiden Gendarmen von Lembach, die mit der Erörterung
des der Beihilfe zur Fahnenflucht Beschuldigten beauftragt waren,
am 18. Mai den Stragewächter Schu. aus Klimbach, während er
auf der Straße Weichenburg-Lembach beschäftigt war, für verhaftet
zu erklären, um ihn dem Untersuchungsrichter in Weichenburg vor-
zuführen. Ohne weiteres legte dabei der eine der beiden Beamten
dem Mann eine Handfessel an das rechte Handgelenk!
obwohl Schu., im Gefühl seiner völligen Unschuld, die Erklärung ab-
gab, er werde freiwillig und gern mitgehen. Auch hatte
der Verhaftete — wie gesagt, ein Mann von 62 Jahren
— den Gendarmen gegenüber keinerlei Widersehtlichkeit an
den Tag gelegt, sondern nur in bestimmten, aber durchaus
angenehmen Worten den ihm gemachten Vorwurf zurückgewiesen.
Halsstuch und Spaten wurden dem Manne weggenommen, worauf
man ihn nach Weichenburg abführte. Dies geschah, obwohl der Ver-
haftete schon unterwegs dem Wächter der Ordnung aus seinem Arbeits-
kontrollbuch nachweisen konnte, daß er zu der von dem Deserteur
bezeichneten kritischen Zeit auf einer gerade entgegengesetzten Stelle
beschäftigt gewesen war.

Der Untersuchungsrichter vernochte aus den Akten sofort die
Schuldlosigkeit des Verhafteten festzustellen; er meinte mit Recht,
Männer mit blauen Hosen, weißem Halstuch und Spaten würden
wohl in großer Anzahl auf dem Lande zu finden sein. Zudem sollte
nach Angabe des Deserteurs der Unbekannte ein Mann von
40 Jahren sein, Schu. aber ist 62 Jahre alt; der Gefaschte sollte
schwarzes Haar haben, Schu. ist aber bereits stark ergraut; jener
sollte bartlos sein, Schu. aber trägt Schärpe mit Eingebärchen,
kurz, man konnte von vornherein annehmen, daß der Stragewächter
mit dem Schuldigen keineswegs identisch ist. Der Untersuchungs-
richter entließ deshalb den Schu. mit der Weisung, am andern Tag
wiederkommen, um ihn dann mit dem aus dem Arrest vor-
zuführenden Deserteur zu konfrontieren. Dies geschah und es stellte
sich dabei heraus, daß dieser und der Verhaftete sich
von Haut und Haaren nicht konnten.

So weit der Hergang dieser Verhaftung, an den der juristische
Gewährsmann des Straburger Blattes nun folgende Fragen
knüpft: Warum hat man diesen Mann, der in der ganzen Gegend
als Ehrenmann im Arbeiterkreise bekannt ist, auf einen so wenig
begünstigten Verdacht hin einem Verbrecher gleich behandelt und
ohne weiteres gefesselt? Hatten die Gendarmen Furcht, er, der
62jährige Mann, möge ihnen entlaufen? Oder war Verjournis vor-
handen, er könne sich zur Wehr setzen, wo sie ihm doch mit Seiten-
gewehr und Revolver gegenüberstanden? Kurz: wo liegt der rech-
fertige Grund zu einer solchen Maßregel? Wer verfügt die
Fesselung? Wer hebt sie wieder auf? Der Gendarm?

Dann steigen in der Straßburger Post die Hochgeschichten juristischen Seite der Straßburger Post eine Reihe von Beschlüssen auf, die aus der Erwägung resultieren, das Verhältnis zwischen Volk und Landesregierung müßte unter dem Eindruck derartiger Vorkehrungen leiden, oder es könnte auch einmal eine Ordnungsbefehl aus den oberen Regionen dem Uebereifer eines Gesetzeswärters zum Opfer fallen. Angesichts solcher Gefahren schlingt sich der Gewährungsmann des gouvernementalen Status zu folgender vernünftigen Betrachtung auf:

Was hier die öffentliche Meinung am meisten erregt und zu den bittersten Anklagen und Vorwürfen nach oben hin führt, ist dies: daß die Befugnis der unteren Polizeiorgane, einen Untersuchungsgefangenen zu fesseln, anscheinend nicht scharf genug umgrenzt und eingeschränkt ist. Wer nur eingeworfenes mitten im Volksleben steht, weiß, wie ein Mißgriff nach dieser Seite allemal einen wahren Sturm der Entrüstung entzündet und eine tiefgehende Bestimmung erzeugt. Und dies doch wohl mit Recht; schließlich kann's ja jedem unter uns passieren, daß er einmal vor den Untersuchungsrichter citirt wird; soll er mit dieser Möglichkeit nun auch fortwährend den Gedanken verbinden, daß es bei dieser Gelegenheit jedem Gendarmen frei gegeben ist, ihn zu fesseln oder nicht? Ein Volk, dessen Bürger angesichts der Fessel nichts mehr von Gendarmen fesseln sollten, wäre ein erbärmliches, verachtungswürdiges Volk. Eine weise Regierung, deren Stolz es sein muß, über freie Unterthanen zu regieren, wird diesem berechtigten Freiheitsgefühl nach Möglichkeit entgegenkommen.

Man wird sich der verschiedenen Fälle erinnern, wo Angehörige der socialdemokratischen Partei, insbesondere Redacteure socialistischer Parteiblätter, durch Anklagen von Handfesseln selbst auf dem Transport durch die belebtesten Straßen großer Städte in noch viel schmerzlicher Weise mißhandelt und in ihrer Ehre gekränkt worden sind, als es in dem vorliegenden Fall geschah. Damals ist allerdings von stichtlicher Entrüstung in den Spalten der Blätter vom Schlag der „Straßburger Post“ nichts zu vernehmen gewesen.

Subenflottenvereine. Flottenpropositionen nach Kiel.

Aus Baden. (Eig. Bericht.) Die Flottenfrage im liberalen Vaterlande scheint dießmal zu sein, in der Flottenpropaganda den höchsten Akord zu erreichen. Als vor einiger Zeit die Nachricht durch die Blätter ging, in Freiburg i. B. habe sich ein Schülerflottenverein gebildet, wollte man die Nachricht zuerst nicht recht ernst nehmen. Schließlich stellte sich die Wahrheit der Nachricht heraus, als auch die Statuten dieses Subenflottenvereins bekannt gegeben werden konnten. Die Sache beschäftigte auch den badischen Landtag, wo unter Parteigenossen Friedrich gelegentlich der Unterrichtsdebatte eine scharfe Kritik an dieser Art politischer Propaganda in der Schule folgte. Der Kultusminister wollte anfänglich der Angelegenheit keine große Bedeutung beilegen, er lenkte aber später doch ein, als die nationalliberalen Abgeordneten Piejer und Nohrhurst die Kritik Friedrichs unterstützten. Der Kultusminister versprach, Membran einzutreten zu lassen. Um so mehr muß man jetzt erstaunt sein, wenn schon wieder eine noch weit tadelnswürdigerer Schritt durch die Blätter geht. Zur Karlsruher Real-Gymnasium wurde den Schülern dieser Tage bekannt gegeben, daß vom 8. bis 10. Juni eine Fahrt nach Kiel zur Besichtigung der Kriegsschiffe stattfinden und daß 72 Karlsruher Schüler an derselben teilnehmen könnten. Die Kosten dieser Fahrt belaufen sich auf 86 Mark. Die Schüler werden also zu einer regelrechten Flottenwallfahrt mobil gemacht. Die Eltern dieser Schüler legen sich zum Glück an Angehörigen des Heineren und mittleren Beamtenstandes, der fast Jahr für Jahr um Gehaltserhöhung petitioniert, zusammen. Mit schweren Herzen wird mancher Vater dieser Flottenwallfahrer seinem flottenbegehrtesten Jungen die Momente zu diesem Kapitulationsausgang bewilligen, denn schließlich ist er ja dazu förmlich moralisch gezwungen, je nachdem er sich in einer Stellung befindet. Wie die „Badische Landes-Zeitung“ mitteilt, ist der Plan zu dieser Schüler-Flottenwallfahrt von der Großherzogin von Baden ausgegangen, die bei ihrer letzten Anwesenheit in Berlin die Vermittlung des Prinzen Heinrich von Preußen dahin erwirkte, daß einer Anzahl Schüler Karlsruher höherer Lehranstalten die Besichtigung von Kriegsschiffen im Kieler Hafen gestattet werde. Das Präsidium des Badischen Landesauswärtigen des deutschen Flottenvereins hat dann die weiteren Geschäfte übernommen. Auf diese Weise wird also die Politik gewaltam in die Schule hineingetragen. Hoffentlich findet sich im Landtag noch einmal Gelegenheit, energisch gegen diese Art Flottenpropaganda Verwahrung einzulegen.

Der Torpedoboots-Rummel auf dem Rhein ist immer noch nicht zu Ende. Die Division ist auf der Rückfahrt begriffen, und dabei hat Köln, die rheinische Metropole, das Glück, zum zweitenmal angefahren zu werden. Bei allen ersten Leuten ohne Unterschied der politischen Anschauung herrscht ein angelegener Widerwille gegen das hohle Treiben der Marinewaren, das nun schon wochenlang anhält. Die Geschichte kommt einem, wie man in Köln zu sagen pflegt, geradezu an der Nase heraus. Wir haben bereits berichtet, wie bei dem ersten Erscheinen der Reklameschiffe der erwartete Empfangsjudel in Köln vollständig verlagte.

Jetzt, bei dem zweiten Eintreffen der Dinger, hat man die Begeisterung lässlich organisiert: man hatte eine Umzoge Schulkinder mit den Lehrpersonen, ausgerüstet mit reinen weißen Taschentüchern an das Rheinufer befohlen. Und diese Hurrarade hat dann auch nicht versagt. Die Kinder mühten sich bereits um 3 Uhr verjähren, um so standen die bedauerlichen Kleinen bis gegen 7 Uhr, wo es den Regierkassen geruhte zu erscheinen. Manche Kinder trafen erst spät abends bei den besorgten Eltern ein, da sie des Weges umhuldig, in der Stadt umherirrten. Man ist in der Wingerschaft entrüstet über den Streich der Stadterwaltung, die die Kinder zu dem flottenpolitischen Arrangement mißbraucht hat. Mehrere Blätter veröffentlichen Zuschriften, in denen sich Eltern und Lehrer schwer beklagen. Es sind Fälle festgestellt, wo Kinder an der Gesundheit empfindlichen Schaden erlitten haben. Aus einer Zuschrift, die ein Lehrer im „Kölnener Volksanzeiger“ veröffentlicht hat, mag man ersehen, was die armen Kinder auszustehen haben. Es heißt darin unter anderem:

„Lehrpersonen und Kinder schrieben sich aus Langeweile gegenseitig den Namen auf ihre Kleider, so sehr waren sie in kurzer Zeit mit Staub bedeckt. Manches kränkliche Kind mag dort sich seine Lunge gründlich verdorben haben; denn zuweilen war man förmlich in eine Staubwolke eingehüllt. Es war auch an einzelnen Stellen, namentlich die dem Zug in die ausgefegten waren, empfindlich kalt; so habe ich einzelne Lehrpersonen gesprochen, denen es recht kalt geworden war und die ganz verfroren ausliefen; Kinder haben vor Kälte geweint.“

Wie man sieht, hat die Marinebegeisterung der rheinischen Flottenkarnivalisten eine gemeingefährliche Form angenommen.

Ein internationaler Zollkongress soll während der Weltausstellung in Paris tagen. Die Tagesordnung umfaßt folgende Gegenstände: 1. Zolltarifsysteme. a) Welche sind die geeignetsten Mittel, um bei der Aufmachung von Statistiken die möglichste Genauigkeit und Gleichmäßigkeit herbeizuführen? b) Nach welchen Grundsätzen können am zweckmäßigsten neue Artikel und Produkte, die in den bestehenden Tarifen noch nicht aufgeführt sind, in die Warenverzeichnisse und Statistiken aufgenommen werden? c) Durch welche Mittel ist möglichste Zuverlässigkeit der Deklarationen hinsichtlich der Art und der tatsächlichen Bestimmung der zur Ausfuhr gelangenden Waren zu erreichen? 2. Bedingungen, unter denen die Nachprüfungszeugnisse auszustellen sind, um Beweiskraft zu erlangen. 3. Festsetzung einer einheitlichen Basis für die Kalkulation der Wertzölle. 4. Gleichmäßige Normierung der legalen Tarife und der Retzgewichte. 5. Mittel, um eine gleichmäßige Behandlung der Reisemuster herbeizuführen. Definition des Begriffs „Muster“ und die Art, wie Musterbedingungen als solche festzustellen

sind. 6. Behandlung von Rohwaren. 7. Erscheint es wünschenswert, daß Zolltarifsysteme in allen Ländern durch Experten erachtet werden, in denen die Interessenten vertreten sind? 8. Ist es wünschenswert, daß im Interesse des Handels die Zollverwaltung die Interessenten bei der Ueberwachung der Zollagenten unterstützt? 9. Welche Maßnahmen sind zu ergreifen, um die Vergütung zu beschleunigen und insbesondere, um den Deklaranten die Möglichkeit zu verschaffen, daß sie ihre Deklaration ergöt und dem amtlichen Zolltarif entsprechend anfertigen können? 10. Welche Maßnahmen sind zu empfehlen, um die zollamtliche Untersuchung des Reisegepäcks möglichst wenig belästigend zu gestalten? 11. Vergleiche zwischen dem Niederlage-Verfahren in den verschiedenen Ländern. 12. Die Abfertigung von Postsendungen. 13. Organisation periodischer internationaler Konferenzen; Errichtung einer internationalen Auskunftsstelle über Warenklassifikation.

Berichtigung. In unserem Sonntagsartikel über den Fall Garbaum sind folgende Druckfehler zu berichtigen: Auf Seite 1 Spalte 3, Zeile 14: „vergeben“ anstatt „vergeben“; Seite 2, Spalte 1, Zeile 24: „Verredte“ anstatt „Verredte“; Spalte 2, Zeile 16: „Anstaltslektüre“ anstatt „Anstaltslektüre“; Seite 3, Spalte 1, letzte Zeile: 1500 anstatt 7000.

Ausland.

Der neue Kriegsminister.

Paris, 2. Juni 1900.

Thatsächlich spricht gar manches dafür, daß Galliffet einen auf halbem Wege gebliebenen Versuch gemacht hat, in die Fußstapfen des Generals Chanoinne zu treten, der durch seine unzulässige verraterrische Demission mitten in der Kammerwahl den Sturz des Kabinetts Brisson herbeigeführt hat (Oktober 1898). Galliffets Krankheit scheint — nach einem treffenden Witzwort — die „Chanoinnitis“ gewesen zu sein, die epidemische Krankheit der Kriegsminister in der Dreihusstrasse. Der Rückfall in diese Krankheit mußte aber harmlos verlaufen, weil der glückliche Rohrgewehrsboden nun einmal fehlt. Ja, Galliffets Krankheit hat den Gesundheitszustand des Ministeriums erheblich gebessert. Die Angriffe und Witzstimmungen, die Galliffets Vergangenheit dem Ministerium zuzog, verlieren fortan jeden Anhaltspunkt. Insbesondere dürfte der linke Flügel der socialistischen Kammerfraktion seine intransigente Haltung gegenüber dem Ministerium etwas abmildern. So haben nun vorpeligen Echarnischel sämtliche socialistische Abgeordnete mit der Regierungsmehrheit votiert.

Die Ernennung des Generals André wurde im Regierungslager mit großer Befriedigung aufgenommen. So zweifelt nicht im allgemeinen der republikanische Ruf jedes Generals auch ist, so hatte André doch vor einigen Monaten durch seine kühne Verfügung gegen die nationalistische Promocionats-Presse gezeigt, daß er dem prätorianischen Militärflügel feindlich gegenübersteht. Und auch die erste Handlung des neuen Kriegsministers steht in wohlthuendem Gegensatz zur Politik seines Vorgängers, Galliffet und Aronx; er hat endlich den nationalistischen Kreaturen im Militärkabinett den Laufpaß gegeben.

Aber die zweite Handlung des neuen Kriegsministers bewegt sich in einer ganz andren Richtung. Er hat nämlich den mutigen Feind des Prätorianerthums, Urbain Gohier von der „Aurore“, wegen „Armeebeleidigung“ verfolgen lassen. Gohier bleibt also der Sünderband aller Kriegsminister und aller Ministerien. Wie unter Dupuy-Freheinet, wie unter Waldeck-Roussieu, Galliffet, so wird er unter Waldeck-Roussieu André unter Auflage gestellt zur Vermeidung einer nationalistischen Interpellation beziehungsweise zur Bekämpfung der trotzkistischen Thesen, daß die Regierung über die kostbare „Armee-Ehre“ wacht. . . . Beiläufig, die Anklage Galliffets gegen Gohier ist noch immer nicht zur gerichtlichen Verhandlung gekommen.

Daß der verlagte Artikel Gohiers überaus heftig geschrieben ist, versteht sich von selbst. Hier einige Proben: „Am Kriegsschiffe werden die „Epiklofigurere“ nach der Art des Frisch) dem Feinde unsere Festungen, unsere Armeen, unsere Provinzen verkaufen, wie sie sie einst verkauft haben. In Friedenszeiten verkaufen sie den Ausland die Geheimnisse der Landesverteidigung und der Opposition die Regierungsgeschichte. Sie verkaufen Lieferungsverträge, Ehrenkreuze, Dokumente aller Art; und wenn es ihnen an echten Dokumenten fehlt, fabricieren sie falsche. . . . Denn das militärische Gewerbe ist eine Schule des Verrats, wie es eine Schule der Lüge oder des Diebstahls oder des Mordes ist. . . .“ Aber dieselben heftigen Beleidigungen gerichtet Gohier fast in jedem seiner unzähligen antimilitaristischen Artikel. Er wird jedoch nur dann vor Gericht geschleppt, wenn das politische Interesse des Tages es erfordert. Es wird ihm also immer ein Tendenzprozeß zu rein ministeriellen Zwecken gemacht. Bezeichnend ist dafür der Umstand, daß gerade das reaktionäre Kabinett Refine, in dessen Regierungszeit die allerheftigste Verfassungskampagne Gohiers fällt, diesen nie verklagt hat. Welche hatte es eben nicht nötig, indem sein prätorianerfreundlicher Ruf fehlstand.

Andrerseits wollen wir abwarten, ob General André im Gegensatz zu seinen Vorgängern neben Gohier auch Kocherfort verlagt, welsch letzterer in seinem Donnerstagsartikel den neuen Kriegsminister, den Chef der Arme, einen „Landesverräter“ schimpft: „André wird der ergebene Diener . . . der Dreihusstrasse und Wilhelms II. sein. . . . Deutschland kann nunmehr den Dreifuß entwerfen. Unser neuer Kriegsminister wird an dessen Stelle die Verführung Deutschlands mit fortlaufenden Informationen übernehmen. . . .“ Aber freilich fällt sich die prätorianische „Armee-Ehre“ keineswegs verlegt, genauer — höchst geschmeichelt durch die Beschimpfung des geistlichen Armeechefs, sobald dieser dem Prätorianerthum nicht genehm ist.

Oestreich-Ungarn.

Die Regierung und die Obstruktion. Dem Ministerpräsidenten Körber soll es gelungen sein, zum Zweck der Isolierung der Gegehen eine starke Ordnungsmajorität zu bilden. Die Gegehen sollen mirde gemacht werden durch verlängerte Abendkassungen, in denen die erste Lesung des Budgetprovisoriums durchberaten werden soll. Wenn das Budgetprovisorium durchgebracht werde, werde die Regierung bis zum Herbst keine Gewaltmaßregeln in Anwendung bringen und auch keine Versuche mit einschneidenden Experimenten machen.

Belgien.

Senatswahlen. Brüssel, 5. Juni. Die Wahlen der Provinzialräte zum Senat ergaben keine Aenderung in dem Verhältnis der Parteien. Die Katholiken erhielten in 6 Provinzen von 9 die Mehrheit. Gewählt wurden 15 katholische, 11 liberale und socialdemokratische Senatoren. Der Senat besteht nunmehr aus 58 Katholiken und 44 Liberalen und Socialdemokraten.

Frankreich.

Die letzte Pariser Kommunerfer auf dem Père Lachaise ist leider nicht „ohne Zwischenfall“ vor sich gegangen, wie wir im ersten Moment mitgeteilt hatten. Nach einem Briefe des Genossen Gracie — der die deutsche Korrespondenz des französischen „Generalkomitees“ führt, war das Verhalten der Mehreren dieses Jahr genau so brutal wie in früheren Jahren. Mehrere Genossen wurden durch Säbelhiebe schwer verletzt und bei einer Polizei-Attende auf einen Zug von Kommunarorden wurde in der Rue Menilmontant ein Kind von 11 Jahren, Sohn des Genossen Gortais, so über zugerichtet, daß der Tod stündlich eintreten kam. Die Regierung wird in der Kammer und der Seinepräsekt auf dem Stadthaus interpelliert werden.

Rußland.

Wegen eines Jben-Vortrags! Wie wir jetzt aus authentischer Quelle erfahren, waren die von uns vor einigen Tagen den bürgerlichen Blättern entnommenen Meldungen über die Vorkommnisse in Rizeu den Thatsachen nicht entsprechend. Es wurden in Wirklichkeit bei Ueberrumpelung einer Versammlung 60 Personen verhaftet. Die Verammlung stand aber in keinem Zusammenhang

mit der socialistischen Partei, sondern hatte einen rein studentischen Charakter. Die Teilnehmer derselben waren Studenten, Gymnasialisten, Schriftsteller (Wodowosoff, Lunofscharsky) und auch ein Professor der Universitäts-Lexik. Es wurde ein Referat über Jben gehalten. Das einzig Ungelegliche war dabei, daß überhaupt eine Verammlung abgehalten wurde, was nach den russischen Gesetzen unzulässig ist. Das Haus, wo die Versammlung sich befand, war um 12 Uhr nachts von 100 Kosaken unter dem Kommando von zehn Gendarmen-Offizieren und des Chefs der Gendarmenverwaltung Kowighy umstellt worden. Man glaubte nämlich hier das ganze socialdemokratische Komitee ergriffen zu haben, mußte aber bald sehr enttäuscht seinen Jertum einsehen. Die verhafteten Studenten und Gymnasialisten, die über ein so unfruchtbares Thema wie Jben einen Vortrag hören wollten, mußten trotzdem im Gefängnis sitzen. Wie lange sie dort schmachten werden und was für ein Prozeß ihnen gemacht wird, ist noch unbekannt.

Die Beurteilungen wurden in den bürgerlichen Blättern ebenfalls nicht richtig angeführt. Es war nämlich das Urteil gefaßt worden über das im Jahr 1898 verhaftete socialdemokratische Komitee. Nachdem die meisten der Verhafteten fast 2 Jahr lang in Untersuchungshaft gehalten worden waren, ist vor kurzem folgendes Urteil gefaßt worden: 2 Akademiker erhielten 8 Jahr Verbannung nach Ostsibirien, 1 Buchdrucker 6 Jahr, 1 Zahnärztin 5 Jahr Verbannung nach Ostsibirien, dann 10 Mann 2 bis 3 Jahr Ostsibirien, endlich einige 3 bis 6 Monate Gefängnis und nachher Polizei-aufsicht.

Asien.

Dem Philippinenkrieg scheint der neue Oberkommandant auf den Philippinen, General Mac Arthur, noch eine längere Dauer beizumessen. Derselbe hat nämlich nach einer Meldung des „World“ neue Truppenmassen beschickt, so daß demnächst drei Regimenter nach Manila eingeschifft werden sollen. Die Lage der Amerikaner auf dem annektierten Archipel scheint demnach eine keineswegs glänzende zu sein. Das vor einigen Tagen aufgetauchte Gerücht von dem Tode Aguinaldos hat keine Bestätigung erfahren. Vermutlich wird der energische Organisator den Janlees noch recht viel zu schaffen machen.

Ueber den Zustand der Boger liegen neuerdings wieder beunruhigende Nachrichten vor.

Wie das „Neuerische Bureau“ aus Tientsin vom 4. Juni meldet, berichten dorthin zurückgekehrte Kosaken, die einen Streifzug gegen die Aufständischen unternommen hatten, sie hätten 10 Boger getötet und viele verwundet. Des weiteren meldet das genannte Bureau aus Tientsin vom 4., daß der britische Missionar Robinson, Mitglied der Nordchina-Mission, nebst fünf eingeborenen Christen getötet worden und daß Norman, derselben Mission angehörig, in Beschlagung, zwei Meilen von Peking in Gefangenschaft geraten sei und sich in großer Gefahr befinde.

Zu dem am 5. tagenden französischen Ministerrat teilte der Minister des Auswärtigen Delcassé mehrere Telegramme über die Lage in China mit. Der französische Gesandte in Peking verwendet sich im Einvernehmen mit den übrigen diplomatischen Vertretern energisch für den Schutz der fremden Staatsangehörigen. — Der „Militär Courtesolles“ wird mit seinen Schiffen demnächst vor Taku erwartet.

In England greift allmählich die Besorgnis über die Entwicklung der ostasiatischen Verhältnisse um sich. Einer Pefinger „Times“-Druckung zufolge bot der russische Gesandte die Hilfe russischer Truppen zur Unterdrückung des Bogeraufstehrs an.

Der Thungli-Japanen dankte dem Gesandten und versprach das Anerbieten in Erwägung zu ziehen. Anknüpfend an diese Meldung schreiben die „Times“: Die britischen Interessen gestatten es England nicht, die leitende Rolle bei der Herstellung der Ordnung einer andren Macht zu übernehmen, um die Ordnung einer Macht, die wie die Erfahrung gelehrt hat, versucht werden dürfte, von dieser Rolle zum Nachteil aller andren Staaten, aber zu ihrem eigenen Nutzen Gebrauch zu machen. Englands Pflicht ist es, die Führung zu übernehmen. Es würde dies gern in Gesellschaft Amerikas thun, wenn dieses sich dazu entschließen könnte. Nebenfalls müssen wir unsre Hegemonie mit Energie und Schnelligkeit geltend machen, wenn wir sie nicht einbüßen wollen. Glücklicherweise gewährt uns unsre Flotte in den chinesischen Gewässern das für diesen Schritt erforderliche Mittel binnen kürzester Frist.

Amerika.

Vom Bürgerkrieg in Kolumbien. Nach einem Telegramm aus Kingston berichtet der Dampfer „Orinoco“ aus Kolumbien vom 31. v. M.: Die Aufständischen waren sechs Meilen von Panama entfernt. Das amerikanische Kriegsschiff „Madison“ befindet sich in Colon. Dasselbe hat Befehl, Marinejoldaten zu landen, falls die Stadt bedroht würde. Es verlautet, die Aufständischen hätten das kolumbische Kanonenboot „Cordova“ versenkt.

Australien.

Die Pest scheint sich auch in Australien einzunisten zu wollen. Wenigstens lautet ein vom 3. Juni datiertes Telegramm aus Sydney recht bedenklich. Dasselbe bringt:

Die Gesamtzahl der bisher hier vorgekommenen Pestfälle beträgt 264, von denen 94 tödlich verlaufen sind. Es wäre gut, wenn man diesem neuen Pestherd die gebührende Aufmerksamkeit zuwenden würde, da das epidemische Auftreten der Pest in Sydney beweist, daß auch nach europäischer Art angelegte Städte gegen das Heimgekehrwerden des unheimlichen asiatischen Gastes nicht gefeit sind.

Berliner Bäckermeister zum drohenden Bäckerstreik.

Der Verein gewerbetreibender Bäckermeister der Oranienburger und Hamburger Vorstadt, des Wedding und Gesundbrunnen hatte am 29. Mai, nachmittags 5 Uhr, seine Mitglieder zu einer außerordentlichen Versammlung in dem Saal der Norddeutschen Brauerei einberufen. Auf der Tagesordnung stand: 1. Lohnverhältnisse im Bäckergewerbe. 2. Gesellschaften. 3. der drohende Bäckerstreik. Ueber alle drei Punkte gab der Altmeister Kaufmann, Schulzendorferstraße, ein kleines Referat, wobei er folgendes ausführte:

Die Lohnverhältnisse bei den Bäckern seien nicht zu vergleichen mit andren Gewerben, denn bei den Bäckern gibt es noch Kost und Logie beim Meister. Natürlich sind die Löhne mit den wirtschaftlichen Verhältnissen nicht mitgegangen, und wenn heute noch Löhne von 5—6 M. gezahlt werden, so sind das allerdings wahre Hungerlöhne; aber so lange es noch Gesellen gibt, die dafür arbeiten, so fühlen sich die Bäckermeister nicht genötigt, höhere Löhne zu zahlen. Uebergehend zum Punkt „Gesellschaften“ führte er aus: Die Gesellen, und zwar die große Mehrzahl, wollten Kost und Logie beim Meister nicht mehr haben. Diese Forderung können sie unter allen Umständen nicht bewilligen, denn gerade durch Abschaffung von Kost und Logie würden die jüngeren Gesellen zu unzulässigen Ausgaben verleitet, außerdem würde das im Bäckergewerbe vorherrschende harmonische Zusammenleben gestört werden, und zuletzt könne man nicht jedem Gesellen ein Schloß vor den Mund legen, und der Geselle würde sich an den guten Zuthaten, wie Butter, Zucker, Milch, Eier, göttlich thun auf Kosten des Meisters. Den verheirateten Gesellen wollten sie, um ihnen ein besseres Familienleben zu gestatten, Kost und Logie außer dem Hause bewilligen. Ueber den drohenden Bäckerstreik machte Kaufmann recht interessante Mitteilungen. Genau um dieselbe Zeit, als die Gesellen bei Keller in der Kopenstraße tagten, wären die Vorstände beider Zimmern im Rebenaal gewesen und mit dazugehörigen Wein hätten sie dagesessen, immer mit dem Gedanken, wird es losgehen oder nicht, und ein Stein fiel uns vom Herzen, als nach 1 1/2 Stunden die Worte kam: „Fahrt in Ruh“. Allerdings brachten die radikalen Bäckergesellen einen Antrag ein, gleich zu streiken, welcher aber abgelehnt und die Lohnkommission beauftragt wurde, die Forderungen der Meisterchaft einzureichen und

Pretoria genommen!

In London ist amtlich bekannt gegeben worden, daß am 5. Juni die Uebergabe Pretorias erfolgt ist und daß der feierliche Einzug noch an demselben Tage erfolgen werde.

Am 12. Juni eine neue Versammlung stattfinden zu lassen. Die in Hamburg, München, Leipzig und neuerdings Frankfurt wird es wohl auch in Berlin werden, daß die Gesellen abends nicht mehr anfangen, und so mancher Meister würde dadurch großen Schaden haben.

Berlin und Umgegend.

Achtung! Vantischer Berlin und Umgegend! Kollegen! Noch immer harzt die Regelung der Maschinenpreise in einer Anzahl von Werkstätten ihrer endgültigen Erledigung.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung! Vantischer Berlin und Umgegend! Kollegen! Noch immer harzt die Regelung der Maschinenpreise in einer Anzahl von Werkstätten ihrer endgültigen Erledigung.

Deutsches Reich.

Zur Frage der „neutralen Gewerkschaften“

bringt die katholische „Germania“ folgende in mehr als einer Beziehung recht interessante Ausführungen: „Bekanntlich hat der „alte Debel“, wie die „Auld. B.“ diesen gewichtigen Socialdemokratenführer in launig zutreffender Weise bezeichnet, längst eine für unbefangene Zuschauerungen überaus seltene Wendung gemacht — die von Socialdemokraten geleiteten, für die Socialdemokratie agitierenden, ihnen Geld und Wähler verschaffenden „Gewerkschaften“ sollen plögl „neutral“ werden.

die Arbeiterfrage (v. J. 1891) hierin einige sichere Direkiven gegeben hat. Ohne vorgreifen zu wollen, möchten wir deshalb doch die Frage aufwerfen, ob man auf christlicher Seite glaubt, ohne konfessionelle autoritative Erläuterungen in Arbeiterkreisen überall das richtige Verständnis und Urteil über diese schwierigen Standesfragen voraussetzen zu dürfen? Oder glaubt man, daß z. B. der katholische Arbeiter nicht Wert auf die Gewißheit legen wird, daß er in seinem Vorgehen zweifellos die Normen des Gewissens und der Moral gewahrt weiß? Wir möchten sogar den Gedanken zur Erwägung stellen, ob nicht eine katholisch organisierte Arbeitermasse von ca. 1 1/2 Millionen Köpfe oder sogar darüber die gleiche Macht repräsentieren wird, wie interkonfessionelle Gewerkschaften, welche doch nur dem Namen nach als „christlich“ bezeichnet werden können; denn ein interkonfessionelles Christentum ist ein offener Widerspruch in sich selber.

Der Ausbruch der Straßenbahn in Köln sowohl als in Hannover

Der Ausbruch der Straßenbahn in Köln sowohl als in Hannover duert fort. In Hannover wandten sich die Streikenden an den Stadtdirektor Lacomme um Vermittlung. Dieser erklärte sich bereit, mit der Gesellschaft zu unterhandeln, die Direktion aber lehnte jede Vermittlung ab. Die Streikenden beschloßen trotzdem die Weiterführung des Ausfalls mit 401 gegen 6 Stimmen.

Der Leipziger Väterstreik ist für beendet erklärt.

Die Gesellen sind nicht in allen Betrieben mit ihren Forderungen durchgedrungen, sie erachten das Erreignisse als eine Abschlagszahlung.

Die Former Nürnberg

Die Former Nürnberg sehen seit längerer Zeit im Streik. Die Gießermeister lehnen es wiederholt ab, vor dem Einigungsamt zu erscheinen. Sie begründen ihr Fernbleiben damit, daß sie die Forderungen der auswärtigen Konkurrenz wegen nicht bewilligen könnten. Zugug ist streng ferngehalten.

Ausland.

Ueber die Banarbeiter-Ausperrung in Schweden

Schreibt man uns aus Stockholm: Es scheint, als sollte Schweden, speziell Stockholm, in diesem Jahr der Schauplatz einer Massen-Ausperrung werden, ähnlich der dänischen im Vorjahr. Die industrielle Entwicklung Schwedens hat in den letzten Jahren einen mächtigen Aufschwung genommen und mit ihr die Arbeiterbewegung. Das konnte natürlich dem um die Freiheit der Ausbeutung besorgten Unternehmertum nicht egal sein und zahlreiche sind infolgedessen die Kämpfe geworden, welche die Arbeiter ausfechten mußten, um ihr angegriffenes Koalitionsrecht zu verteidigen.

Der Stundenlohn für einen vollwertigen Maurer

Der Stundenlohn für einen vollwertigen Maurer war in den letzten Jahren 60—70 Pf. Nun wollen die Maurer — und damit sind die Arbeitgeber einverstanden — als Minimallohn 60 Pf. festgesetzt wissen. Sollte über die Qualifikation eines Arbeiters, der mehr als diesen Normallohn verlangt, Streit entstehen, dann soll eine Kommission, der auch Arbeitnehmer angehören, über den Streitfall entscheiden. Die Unternehmer wollen aber „Herren im Hause“ bleiben und die Löhne einseitig selbst festsetzen.

Ueber einen Streik der Hüttenarbeiter in Chalons sur Saone

Ueber einen Streik der Hüttenarbeiter in Chalons sur Saone (Frankreich) bringt der offizielle Telegraph folgende Mitteilungen: Infolge eines Ausstandes der Hüttenarbeiter kam es am Sonntagmorgen zu Unruhen. Beim Verhaftungen wurden vorgenommen. Des Abends griffen die Aufseher — meist Nichtkatholiken — Gendarmen und Kavalleriepatrouillen mit Steinwürfen an. Mehrfach wurden auch Schüsse abgegeben, doch weiß man nicht von wem. Vier Personen wurden verletzt, darunter zwei schwer. Fünf Gendarmen und zwei Soldaten erlitten Querschnitte. Am Gefängnis wurden Fenstersteine zertrümmert. Verstärkungen an Gendarmen und Militär wurden herangezogen. Einer der Verletzten, ein junger Mann von 16 Jahren, ist gestorben. Untersuchung ist eingeleitet. Die Arbeiter thaten beim Prästelten Schritte in der Absicht, eine Einigung herbeizuführen.

Am 12. Juni eine neue Versammlung stattfinden zu lassen. Die in Hamburg, München, Leipzig und neuerdings Frankfurt wird es wohl auch in Berlin werden, daß die Gesellen abends nicht mehr anfangen, und so mancher Meister würde dadurch großen Schaden haben.

Am 12. Juni eine neue Versammlung stattfinden zu lassen. Die in Hamburg, München, Leipzig und neuerdings Frankfurt wird es wohl auch in Berlin werden, daß die Gesellen abends nicht mehr anfangen, und so mancher Meister würde dadurch großen Schaden haben.

Am 12. Juni eine neue Versammlung stattfinden zu lassen. Die in Hamburg, München, Leipzig und neuerdings Frankfurt wird es wohl auch in Berlin werden, daß die Gesellen abends nicht mehr anfangen, und so mancher Meister würde dadurch großen Schaden haben.

Am 12. Juni eine neue Versammlung stattfinden zu lassen. Die in Hamburg, München, Leipzig und neuerdings Frankfurt wird es wohl auch in Berlin werden, daß die Gesellen abends nicht mehr anfangen, und so mancher Meister würde dadurch großen Schaden haben.

Am 12. Juni eine neue Versammlung stattfinden zu lassen. Die in Hamburg, München, Leipzig und neuerdings Frankfurt wird es wohl auch in Berlin werden, daß die Gesellen abends nicht mehr anfangen, und so mancher Meister würde dadurch großen Schaden haben.

Am 12. Juni eine neue Versammlung stattfinden zu lassen. Die in Hamburg, München, Leipzig und neuerdings Frankfurt wird es wohl auch in Berlin werden, daß die Gesellen abends nicht mehr anfangen, und so mancher Meister würde dadurch großen Schaden haben.

Am 12. Juni eine neue Versammlung stattfinden zu lassen. Die in Hamburg, München, Leipzig und neuerdings Frankfurt wird es wohl auch in Berlin werden, daß die Gesellen abends nicht mehr anfangen, und so mancher Meister würde dadurch großen Schaden haben.

Am 12. Juni eine neue Versammlung stattfinden zu lassen. Die in Hamburg, München, Leipzig und neuerdings Frankfurt wird es wohl auch in Berlin werden, daß die Gesellen abends nicht mehr anfangen, und so mancher Meister würde dadurch großen Schaden haben.

Am 12. Juni eine neue Versammlung stattfinden zu lassen. Die in Hamburg, München, Leipzig und neuerdings Frankfurt wird es wohl auch in Berlin werden, daß die Gesellen abends nicht mehr anfangen, und so mancher Meister würde dadurch großen Schaden haben.

Am 12. Juni eine neue Versammlung stattfinden zu lassen. Die in Hamburg, München, Leipzig und neuerdings Frankfurt wird es wohl auch in Berlin werden, daß die Gesellen abends nicht mehr anfangen, und so mancher Meister würde dadurch großen Schaden haben.

Am 12. Juni eine neue Versammlung stattfinden zu lassen. Die in Hamburg, München, Leipzig und neuerdings Frankfurt wird es wohl auch in Berlin werden, daß die Gesellen abends nicht mehr anfangen, und so mancher Meister würde dadurch großen Schaden haben.

Am 12. Juni eine neue Versammlung stattfinden zu lassen. Die in Hamburg, München, Leipzig und neuerdings Frankfurt wird es wohl auch in Berlin werden, daß die Gesellen abends nicht mehr anfangen, und so mancher Meister würde dadurch großen Schaden haben.

Am 12. Juni eine neue Versammlung stattfinden zu lassen. Die in Hamburg, München, Leipzig und neuerdings Frankfurt wird es wohl auch in Berlin werden, daß die Gesellen abends nicht mehr anfangen, und so mancher Meister würde dadurch großen Schaden haben.

Am 12. Juni eine neue Versammlung stattfinden zu lassen. Die in Hamburg, München, Leipzig und neuerdings Frankfurt wird es wohl auch in Berlin werden, daß die Gesellen abends nicht mehr anfangen, und so mancher Meister würde dadurch großen Schaden haben.

Am 12. Juni eine neue Versammlung stattfinden zu lassen. Die in Hamburg, München, Leipzig und neuerdings Frankfurt wird es wohl auch in Berlin werden, daß die Gesellen abends nicht mehr anfangen, und so mancher Meister würde dadurch großen Schaden haben.

Am 12. Juni eine neue Versammlung stattfinden zu lassen. Die in Hamburg, München, Leipzig und neuerdings Frankfurt wird es wohl auch in Berlin werden, daß die Gesellen abends nicht mehr anfangen, und so mancher Meister würde dadurch großen Schaden haben.

Am 12. Juni eine neue Versammlung stattfinden zu lassen. Die in Hamburg, München, Leipzig und neuerdings Frankfurt wird es wohl auch in Berlin werden, daß die Gesellen abends nicht mehr anfangen, und so mancher Meister würde dadurch großen Schaden haben.

Am 12. Juni eine neue Versammlung stattfinden zu lassen. Die in Hamburg, München, Leipzig und neuerdings Frankfurt wird es wohl auch in Berlin werden, daß die Gesellen abends nicht mehr anfangen, und so mancher Meister würde dadurch großen Schaden haben.

Am 12. Juni eine neue Versammlung stattfinden zu lassen. Die in Hamburg, München, Leipzig und neuerdings Frankfurt wird es wohl auch in Berlin werden, daß die Gesellen abends nicht mehr anfangen, und so mancher Meister würde dadurch großen Schaden haben.

Am 12. Juni eine neue Versammlung stattfinden zu lassen. Die in Hamburg, München, Leipzig und neuerdings Frankfurt wird es wohl auch in Berlin werden, daß die Gesellen abends nicht mehr anfangen, und so mancher Meister würde dadurch großen Schaden haben.

Am 12. Juni eine neue Versammlung stattfinden zu lassen. Die in Hamburg, München, Leipzig und neuerdings Frankfurt wird es wohl auch in Berlin werden, daß die Gesellen abends nicht mehr anfangen, und so mancher Meister würde dadurch großen Schaden haben.

Am 12. Juni eine neue Versammlung stattfinden zu lassen. Die in Hamburg, München, Leipzig und neuerdings Frankfurt wird es wohl auch in Berlin werden, daß die Gesellen abends nicht mehr anfangen, und so mancher Meister würde dadurch großen Schaden haben.

Am 12. Juni eine neue Versammlung stattfinden zu lassen. Die in Hamburg, München, Leipzig und neuerdings Frankfurt wird es wohl auch in Berlin werden, daß die Gesellen abends nicht mehr anfangen, und so mancher Meister würde dadurch großen Schaden haben.

Am 12. Juni eine neue Versammlung stattfinden zu lassen. Die in Hamburg, München, Leipzig und neuerdings Frankfurt wird es wohl auch in Berlin werden, daß die Gesellen abends nicht mehr anfangen, und so mancher Meister würde dadurch großen Schaden haben.

Am 12. Juni eine neue Versammlung stattfinden zu lassen. Die in Hamburg, München, Leipzig und neuerdings Frankfurt wird es wohl auch in Berlin werden, daß die Gesellen abends nicht mehr anfangen, und so mancher Meister würde dadurch großen Schaden haben.

Am 12. Juni eine neue Versammlung stattfinden zu lassen. Die in Hamburg, München, Leipzig und neuerdings Frankfurt wird es wohl auch in Berlin werden, daß die Gesellen abends nicht mehr anfangen, und so mancher Meister würde dadurch großen Schaden haben.

Am 12. Juni eine neue Versammlung stattfinden zu lassen. Die in Hamburg, München, Leipzig und neuerdings Frankfurt wird es wohl auch in Berlin werden, daß die Gesellen abends nicht mehr anfangen, und so mancher Meister würde dadurch großen Schaden haben.

Am 12. Juni eine neue Versammlung stattfinden zu lassen. Die in Hamburg, München, Leipzig und neuerdings Frankfurt wird es wohl auch in Berlin werden, daß die Gesellen abends nicht mehr anfangen, und so mancher Meister würde dadurch großen Schaden haben.

Am 12. Juni eine neue Versammlung stattfinden zu lassen. Die in Hamburg, München, Leipzig und neuerdings Frankfurt wird es wohl auch in Berlin werden, daß die Gesellen abends nicht mehr anfangen, und so mancher Meister würde dadurch großen Schaden haben.

Am 12. Juni eine neue Versammlung stattfinden zu lassen. Die in Hamburg, München, Leipzig und neuerdings Frankfurt wird es wohl auch in Berlin werden, daß die Gesellen abends nicht mehr anfangen, und so mancher Meister würde dadurch großen Schaden haben.

Am 12. Juni eine neue Versammlung stattfinden zu lassen. Die in Hamburg, München, Leipzig und neuerdings Frankfurt wird es wohl auch in Berlin werden, daß die Gesellen abends nicht mehr anfangen, und so mancher Meister würde dadurch großen Schaden haben.

Am 12. Juni eine neue Versammlung stattfinden zu lassen. Die in Hamburg, München, Leipzig und neuerdings Frankfurt wird es wohl auch in Berlin werden, daß die Gesellen abends nicht mehr anfangen, und so mancher Meister würde dadurch großen Schaden haben.

Am 12. Juni eine neue Versammlung stattfinden zu lassen. Die in Hamburg, München, Leipzig und neuerdings Frankfurt wird es wohl auch in Berlin werden, daß die Gesellen abends nicht mehr anfangen, und so mancher Meister würde dadurch großen Schaden haben.

Am 12. Juni eine neue Versammlung stattfinden zu lassen. Die in Hamburg, München, Leipzig und neuerdings Frankfurt wird es wohl auch in Berlin werden, daß die Gesellen abends nicht mehr anfangen, und so mancher Meister würde dadurch großen Schaden haben.

Buchdrucker und Socialdemokratie.

Von dem Partei-Sekretariat in der Kreuzbergstr. 30 geht uns folgende Zuschrift mit der Bitte um Aufnahme zu:

Unter der Spitzmarke „Buchdrucker und Socialdemokratie“ bringt die letzte Nummer der „Hilfe“ eine Notiz, in der es u. a. heißt: „Wenn es wahr ist, daß eine Reihe socialdemokratischer Parteiblätter in ihren Druckereien grundsätzlich keine Mitglieder des Verbands stellen, dann bedürfte es usw.“

Die „Hilfe“ verschweigt von woher ihr die Mitteilung geworden, daß in einer Reihe von Druckereien, wo Parteiblätter hergestellt werden, grundsätzlich die Vorschriften des Verbands als Grundlage für den Arbeitsvertrag dienen und Verbands- wie Gewerkschaftsmitglieder in hundertprozentiger Weise vorhanden sind. Wir haben es also hier mit einer anonymen Verdächtigung zu thun, die nach dem Grundsatz gearbeitet ist: „Es bleibt immer etwas hängen.“

Tatsache ist, daß in sämtlichen Druckereien, wo Parteiblätter hergestellt werden, grundsätzlich die Vorschriften des Verbands als Grundlage für den Arbeitsvertrag dienen und Verbands- wie Gewerkschaftsmitglieder in hundertprozentiger Weise vorhanden sind. Selbst dort, wo unsere Parteiorganen in Privatdruckereien hergestellt werden, ist überall in den Druckverträgen die Bestimmung aufgenommen, daß das bei Herstellung des Blattes beschäftigte Personal nach den Bestimmungen des Tarifs zu behandeln ist.

Was den in Buchdruckereien tobenden Streit um den Wert oder Unwert der Tarifgemeinschaft anbetrifft, so hat die Partei als solche bisher sich jeden Urteils enthalten. Es dürfte auch zu einem solchen Urteil recht wenig Neigung vorhanden sein, sicher aber fehlt in der Partei jeder Beruf dazu.

Wenn in einzelnen Partei-Organen — besonders in solchen, die zu ihren Redaktionsmitgliedern Schriftsteller zählen — harte Urteile über die Tarifgemeinschaft und deren Vertreter gefällt worden sind, so sollte doch nicht übersehen werden, daß diese Urteile sich nie angeht haben, in dieser Frage namens der Partei zu sprechen. Wozu sie auch kein Recht gehabt hätten.

Neben den Gegnern haben aber auch leitende Parteiblätter eine durchaus entgegenkommende Stellung zur Tarifgemeinschaft eingenommen, ebenso wie Äußerungen bekannter Parteigenossen in die Presse drangen, die alles, nur keine Gewerkschaft gegen den Verband oder die von demselben eingeführte Tarifgemeinschaft belaudeten.

Mit welchen Mitteln aber trotzdem weiter gefehlt wird, möge nachfolgendes Beispiel zeigen. In dem vom „Vorwärts“ bereits gewürdigten Heft-Artikel des „Korrespondent“ findet sich auch folgende Stelle:

„Wenn es angeht, würde man in vielen Parteidruckereien lieber Schloffer oder Ristenbauer als Seher beschäftigen, denn organisierte Buchdrucker. Der Anfang ist ja bereits in Parteidruckereien mit Schloffern als Rotations-Maschinenmeistern gemacht.“

Obwohl wir nun nicht auf dem Standpunkt stehen, daß nur zünftige gelehrte Arbeiter in ihrem Beruf verwendet werden dürfen, sondern es uns genügt, wenn die beschäftigten Arbeiter nach den von den organisierten Arbeitern aufgestellten Bedingungen entlohnt und beschäftigt werden, erkundigt wir uns doch, in welcher Parteidruckerei denn ein Schloffer als Rotations-Maschinenmeister steht.

Der nachstehende Brief ist das Ergebnis unserer Umfrage: Kiel, den 30. Mai 1900.

Bester Genosse!

Zur Beantwortung Ihrer Anfrage betreffs des Schloffers als Rotations-Maschinenmeister diene Ihnen folgende Aufklärung:

Der Metallarbeiter W., ein tätiger Genosse und geschickter Arbeiter, war Bezirkskommissionsmitglied, als es sich bei uns um die Aufstellung einer Zwilling's-Rotationsmaschine handelte und möchte unsere Handelsgesellschaftern plausibel, zur Schöpfung des in die Maschine gesteckten Kapitals einen mit dem Maschinenmaterial vertrauten Mann als Maschinenmeister angustellen. Als dann der Frage der Anstellung eines solchen in einer Sitzung im vorigen August näher getreten werden sollte, empfahl er sich selbst und wurde probeweise auf ein Vierteljahr mit 36 M. pro Woche auch gewählt, trotz meiner Einsprache, daß es nicht möglich sei, die Funktion des Drucks während der Aufstellung der Maschine sich aneignen zu können. Als W. nun seine Stellung angetreten hatte, protestierten die Verbandsmitglieder energisch dagegen, und um mit den Buchdruckern deswegen nicht in immerwährendem Faden zu liegen, machten wir als Handelsgesellschaftler die Anstellung W.'s rückgängig, entschädigten denselben anständig und es wurde ein gelernter Buchdrucker an die Rotationsmaschine gestellt, der noch heute dieselbe bedient. Es hat also kein Schloffer oder dergleichen an derselben gearbeitet. Ein uns nicht gutgekanntes Verbandsmitglied hatte diese Angelegenheit im „Korrespondent“ breitgetreten: „... Schuster, Schneider und Schiffszimmermann hätten als Firmeninhaber zur Bedienung einer aufzustellenden Rotationsmaschine einen Schloffer für würdig befunden usw.“

Mit bestem Gruß Ihr Zul Krause, Geschäftsführer.

Also im August vorigen Jahres hat die Angelegenheit gespielt, dieselbe ist sofort zur vollen Befriedigung der Verbandsmitglieder geregelt worden. In der Nummer vom 21. April d. J. aber schildert der Redacteur des „Korrespondent“ den Fall, als wenn der „Schloffer“ heute noch den Rotationsmeister verdrängt und man in vielen „Parteidruckereien lieber Schloffer und Ristenbauer als Seher, statt organisierte Buchdrucker“ beschäftigen möchte.

Begreift Herr Redacteur jetzt, wenn uns nach solchen Leistungen feinerseits das Gefühl beschleicht, dem Friedrich II. nach der Schlacht bei Tauten beim Anblick der österreichischen Befangenen so drastischen Ausdruck gegeben hat!

Zweite Generalversammlung des Centralverbandes der Handlungsgehilfen und -Gehilfen Deutschlands.

Dresden, 4. Juni 1900. Die Generalversammlung findet im Saale des Gewerkschaftshauses statt. Anwesend sind 9 Delegierte, die 10 Mitgliedschaften vertreten, außerdem vom Vorstand Segny und Kohn und der Redacteur des „Handlungsgehilfen-Blatt“, Kaliski. Von Prag ist Tuszca erschienen. Die Mitgliedschaft München ist nicht vertreten.

Die Generalversammlung wird von Löhrig-Dresden eröffnet. Aus dem Geschäftsbericht, den Segny erstattet, geht hervor, daß der Verband am 1. April 1898 337 Mitglieder zählte, während der Mitgliederbestand am 1. April 1900 688 beträgt. Die Einnahmen betragen in der Zeit vom 1. April 1898 bis ultimo Dezember 1899 8085,78 M., die Ausgaben 6078,97 M. Das Verbandsorgan kostete in diesem Zeitraum 4490,20 M. Der Vorsitzende Segny bedauert, daß die Agitation nicht so intensiv betrieben werden konnte, wie der Vorstand es gewünscht hätte. Es wurden 15000 Exemplare des Verbandsprogramms verbreitet, außerdem noch mehrere Nummern des Verbandsorgans in einer größeren Anzahl von Exemplaren. Zur Gewerbe-Ordnungsnovelle wurde gegenüber dem Regierungsentwurf, der die Besserung der Zustände im Handelsgewerbe nur mangelhaft veranschlagte, ein eigener Entwurf ausgearbeitet, der zur Verlesung an die Reichstags-Abgeordneten und den Bundesrat gelangte. In Frankfurt a. M. hatte die Mitgliedschaft sehr energisch die Agitation für Einführung der vollständigen Sonntagsruhe betrieben und auch einen großen Erfolg errungen.

In der Diskussion über den Geschäftsbericht beklagt sich Behr-Stuttgart, daß vom Vorstand keine Agitationsreisen veranstaltet

wurden, Sauer-Leipzig betont, daß die Leipziger Mitgliedschaft die Delegierten zum Gewerkschaftsartikell nicht zurückgezogen habe, da sie mit der Haltung des Gewerkschaftsartikells einverstanden sei. Wolff betont, daß die Erfolge der Frankfurter Mitglieder in der Frage der Sonntagsruhe wesentlich dem Umstände zu verdanken sind, daß es gelungen ist, ein Zusammengehen sämtlicher Handlungsgehilfen-Organisationen zu Stande zu bringen. Auch vom finanziellen Standpunkt sei ein derartiges Zusammengehen sehr vorteilhaft.

Friedländer-Berlin erklärt, daß die Mitgliedschaft Berlin mit dem Vorstande einer Meinung war darin, daß die Agitation gegen die Warenhaussteuer nicht in erster Linie Sache der Angestellten, sondern Sache der Warenhausbesitzer sei. Als diese dann eine solche Agitation begannen, habe der Verband sich selbstverständlich daran beteiligt. Die Deputation der Warenhausangestellten habe dem Finanzminister in einer Audienz in Aussicht gestellt, daß die Warenhausangestellten zum Centralverband der Handlungsgehilfen, der im Gewerbe socialdemokratischer Gesinnung stehe, abzuwenden werden. Nachdem nunmehr die Steuer angenommen worden sei, werde der Verband an die Angestellten in den Warenhäusern herantreten und sie zwingen, zu bekennen, ob es ihnen mit der Drohung ernst gewesen sei. Kaliski in Berlin beklagt sich über die geringe Unterstützung durch Verichte an das Verbandsorgan, besonders sind es die jüdischen Verbandsmitglieder. Bei dem Bestreben, die Sonntagsarbeit zu beseitigen, finde der Verband bei der Polizei kein sonderlich freundliches Entgegenkommen, wie Kaliski an einzelnen Beispielen aus Berlin illustriert. Der Verband werde aber sich nicht abhalten lassen, die Uebertretungen der Sonntagsruhe zur Anzeige zu bringen, und wenn man ihm deshalb den Namen Denunzianten-Berein beilege, werde er ihn mit Stolz acceptieren. Josephohn-Hamburg hat sich ebenfalls an die Polizei wegen Uebertretung der Sonntagsruhe gewandt, jedoch die Antwort erhalten, daß die Polizei nach der Gewerbe-Ordnung keine Verpflichtung habe, derartige Uebertretungen festzustellen, sondern nur dann, wenn die Anzeige mit Beweisen erstatet werde, zur Verhaftung zu schreiten.

Zwei Anträge auf Veranstaltung einer Agitationstour in Rheinland, Herausgabe von Agitationsnummern werden dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Dem Kassierer wird darauf Decharge erteilt.

Der Antrag der Hamburger Mitgliedschaft, einen Beamten für Redaktion und Verwaltung in Hamburg anzustellen, wird von Josephohn begründet. Dieser weist darauf hin, daß infolge Trennung der Verwaltung und Redaktion ein entsprechendes Arbeiten für den Verband nicht möglich sei. Es sei notwendig, das jetzt in Berlin erscheinende Verbandsorgan nach Hamburg zu verlegen. Dazu stellt Behr-Stuttgart den Antrag, die Frage vorläufig zu vertagen und dem Vorstand aufzugeben, zu geeigneter Zeit durch Urabstimmung eine Entscheidung herbeizuführen. Dieser Antrag wird in namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen.

Ein Antrag Dresden, den Beitrag der weiblichen Mitglieder auf 50 Pf. pro Monat herabzusetzen, wird abgelehnt.

Der Arbeiterschutz und Unfallversicherung im Handelsgewerbe referiert darauf Reichstags-Abgeordneter Rosenow. Die Quintessenz seiner Ausführungen sind die Forderungen der folgenden Resolution:

Die kapitalistische Entwicklung zum Großbetrieb, die auch in allen Zweigen des Handelsgewerbes dieselben Resultate zeitigt hat oder zu zeitigen beginnt, die sie in den übrigen Gewerben hervorrief, macht in steigendem Maße einen ungeheuren gefehlichen Schatz für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit der Handlungsgehilfen und -Gehilfen zur unbedingten Notwendigkeit. Dieser Arbeiterschutz hat sich zu bewegen im Rahmen einer ausreichenden Arbeitszeitverkürzung und vollständigen Verbot der Sonntagsarbeit, der Errichtung einer Aufsichtsbehörde zur Ueberwachung der in § 62 des Handels-Gesetzbuchs festgesetzten Bestimmungen im Anschluß an die Gewerbe-Inspektion unter Zuziehung von Gehilfenvertretern und -Vertreterinnen und Unterstellung aller im Handelsgewerbe beschäftigten Personen unter die reichsgesetzliche Unfallversicherung bis zur Gehaltshöhe von 3000 Mark.

Ferner erwartet die Generalversammlung bei der in Aussicht stehenden Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes eine zweckentsprechende Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle Gehilfen und Gehilfinnen bis zu einer Gehaltshöhe von 3000 M.

Die Generalversammlung erklart in den Bestimmungen des Artikels 8 der revidierten Gewerbe-Ordnung keine wesentliche Verbesserung der Lage der Gehilfen und Gehilfinnen und bedauert vor allem die Beschränkung der Bestimmungen auf die offenen Verkaufsstellen. Die Ausdehnung derselben auf das gesamte Handelsgeschäft ist die erste Forderung eines wirksamen Arbeiterschutzes der Hunderttausenden der Angestellten und Arbeiter im Handelsgewerbe.

Die Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes soll im Sinne folgender, von der Berliner Mitgliedschaft ausgearbeiteten Bestimmungen erfolgen:

§ 1 Bestfall des Absatz 4. § 2b. Grenze des der Versicherungspflicht bedingenden Lohns oder Gehalts 10 M. pro Tag resp. 3000 M. pro Jahr. Streichung der §§ 3a und 3b.

§ 6. Ausdehnung der Krankenunterstützung von 13 auf 26 Wochen als gesetzliche Mindestleistung.

§ 20 Abs. 1. Die Feststellung des durchschnittlichen Tageslohns einer Klasse kann auch zc. Der durchschnittliche Tageslohn einer Klasse darf in diesem Falle nicht über den Betrag von 6 M. festgestellt werden.

§ 20 Abs. 3. Die Frist für die Gewährung von Sterbegeldern vom Ablauf der Unterstützungszeit bis zum Tode ist auf zwei Jahre auszu dehnen.

§ 26a Abs. 2, Ziffer 2. Antrag auf Streichung der gesetzlichen Bestimmung, daß bei Geschlechtskrankheiten die Gewährung einer Vorunterstützung ausgeschlossen werden kann.

§ 54a. Hinter Lohner der Krankenunterstützung, oder während des Bezuges der Wöchnerinnen-Unterstützung pp. Beiträge nicht entrichtet.

§ 60 Abs. 1. Betriebs-Krankenkassen können nur mit durch geheime Abstimmung erfolgte Zustimmung von mindestens 2/3 der in Frage kommenden Versicherten errichtet werden.

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Abg. Rosenow wird beauftragt, das Thema seines Vortrags im Verbandsorgan zu behandeln.

Josephohn-Hamburg behandelt dann in einem längeren Referate das Thema: Kaufmännische Schiedsgerichte. Er betont, daß die bei der Beratung der Gewerbe-Ordnung im Jahre 1890 gemachte Voraussetzung, daß die Gesetzgebung gezwungen sein werde, auch die Handlungsgehilfen in die Gewerbe-Ordnung einzubeziehen, sich glänzend erfüllt habe. Hätte man damals dem Antrag der socialdemokratischen Fraktion Folge gegeben und die Gewerbegehalte auch für das Handelsgewerbe für zuständig erklärt, dann bräuhende die Handlungsgehilfen heute nicht mehr über die großen Uebelstände auf dem Gebiet des Rechtswesens sich zu beklagen. So müßte fortgesetzt noch der Ruf nach kaufmännischen Schiedsgerichten erhoben werden. Die Regierung stelle zwar schon seit zehn Jahren Erwägungen an, sei aber immer noch zu keinem Resultat gekommen, trotzdem der Reichstag sich bereits 1898 einstimmig für die Errichtung solcher Schiedsgerichte ausgesprochen habe. In andern Staaten haben sich derartige Gerichte als sehr nützliche Institutionen erwiesen.

Ohne Diskussion wird eine Resolution einstimmig angenommen, in welcher im Namen der kaufmännischen Gehilfenchaft energisch dagegen protestiert wird, daß diese Forderung der socialen Gerechtigkeit bis jetzt so sehr vernachlässigt worden ist.

Der Vorstand wird beauftragt, zu dem Anfang September in Paris stattfindenden internationalen Kongreß der Handlungsgehilfen

ein Mitglied des Verbands zu delegieren, ebenso zum vierten deutschen Gewerkschaftskongreß.

Zum ersten Vorsitzenden wird Segny wiedergewählt, zum Redacteur des Verbandsorgans Kaliski-Berlin.

Mit dem Wunsch, der Verband möge wachsen und gedeihen, schließt darauf der Vorsitzende Segny die Generalversammlung.

Dritte Generalversammlung des Centralvereins deutscher Formner.

Hamburg, 4. Juni. Am Vormittag des zweiten Pfingsttages trat die von 60 Delegierten besuchte Generalversammlung im Lütjens Etablissement zusammen. Als Gast ist Suhr-Kopenhagen, Vorsitzender des dänischen Formnerbundes, anwesend. Die hauptsächlichsten Punkte bilden: Die Vereinbarungen mit dem Metallarbeiter-Verband und unsere fernere Taktik bei Streiks und Aussperrungen. Suhr übermittelte in herzlichen Worten die Grüße der dänischen Fachgenossen und drückte deren Bereitwilligkeit aus, die deutschen Formner in ihren Kämpfen in gleicher Weise zu unterstützen, wie diese die dänischen Aussperrten unterstützten hätten. (Beifall.) Der Vorsitzende des Verbands, Reichstags-Abgeordneter Theodor Schwarz-Köbel, legte hierauf den Geschäftsbericht des Hauptvorstandes vor, dem wir das Folgende entnehmen: Die Organisation ist von 1895 bis Ende 1899 um 5550 Mitglieder gestiegen, so daß die Mitgliederzahl am Schlusse des Berichtsjahrs 10500 betrug, während zur Zeit dem Verband rund 11000 Mitglieder angehören. In Deutschland sind insgesamt 49225 Formner und Eisen gießer und 15851 Hilfsarbeiter tätig. Es sind mithin 16 Proz. der im Beruf beschäftigten Arbeiter organisiert. Zieht man nur die Formner in Betracht, so ergibt sich, daß 20 Proz. derselben dem Verband angehören. Im Berichtsjahr betrug die Zahl der Verwaltungsstellen 144 gegen 62 in 1895. Gleichen Schritt mit der Expansion des Vereins hat sich dessen finanzielle Leistungsfähigkeit gehoben. Für Agitation wurden 1899 3065,21 M. veranschlagt. Hinsichtlich der Agitation ist Deutschland in eine Anzahl Bezirke eingeteilt, welche von ad hoc eingewählten Kommissionen planmäßig bearbeitet werden. Einen breiten Raum in dem Bericht nimmt das Kapitel „Streiks“ ein. Noch nie seit dem Bestehen des Vereins ist eine so lebhafteste Streikbewegung zu verzeichnen gewesen, als im Berichtsjahre. In 58 Orten waren Differenzen zwischen den Eisen gießerei-Arbeitern und den Unternehmern ausgebrochen. In 30 Orten wurden die entstandenen Differenzen nach kurzen Verhandlungen beigelegt, ohne daß die Hauptmasse in Anspruch genommen zu werden brauchte. In 28 Orten war der Erfolg nicht immer befriedigend. Resultatlos verliefen die Streiks in Essen a. M., Kiel, Frankfurt a. M., Leipzig, M.-Gladbach, Jentzenroda, Kotzig bei Dresden und Läden. Die Zahl der Ausschüßigen betrug insgesamt 1821, die Gesamtdauer der Streiks 229 Wochen. Die Ausstände erforderten eine Geldsumme von 124 959 M., wovon 80 601 M. die Hauptmasse leistete. Der Referendatsfonds belief sich in Einnahme und Ausgabe auf 86 182 M. An Arbeitslosen-Unterstützung wurden 11 627 M. gezahlt. Das Verbandsorgan „Bild auf!“ bedurfte eines Zuschusses von 11 932 M. In der Gesamtabrechnung des Vereins sind auf der Einnahme- und Ausgabeleihe 157 761 M. angeführt. Das Bankkonto beträgt 11 139 M. Der Referent machte den Vorschlag, einen Referendatsfonds in Höhe von 100 000 M. anzulegen. Die sämmtlichen Jahrestellen eruchte er, pünktlich abzurechnen, widrigenfalls demselben die Berechtigung auf Streikunterstützung aberkannt werden müßte. Referent richtete einen warmen Appell an die Delegierten, für die Vereinsinteressen nach jeder Richtung hin Sorge zu tragen. (Lebhafter Beifall.) Es gelangten noch mehrere Begrüßungstelegramme zur Verlesung, worauf die Generalversammlung auf Dienstagmorgen verlagert wurde.

Versammlungen.

Im Verband der Bäcker referierte am 29. Mai Wiede über die jetzige Agitation in den deutschen Städten. Redner schilderte in seinem beifällig aufgenommenen Vortrag die immer mehr erstarkende Bäckerbewegung und gab der Meinung Ausdruck, daß es wohl hauptsächlich die bekannte Bebel'sche Broschüre war, welche in hohem Maße günstig die Bewegung beeinflusste. Nach der darauf erfolgten regen Diskussion gab Höpfer noch einige Erklärungen und Verhaltensmaßregeln für den demnächstigen Streik und gab am Schluß der Erörterung Ausdruck, daß alle Mitglieder freudig und besonnen sich allen Arbeiten, die ein Streik mit sich bringt, unterziehen werden. — Es wurde sodann noch beschlossen, in Zukunft die Mitglieder-Versammlungen stets im Gewerkschaftshaus stattfinden zu lassen.

In der Filiale Nord des Verbands der Tapezierer hielt der Genosse Hoffmann einen interessanten Vortrag über Komödianten. Zum Zeitungsgeldredakteur wurde Schab und als Revisor zum Abrechnung vom Streik Hirsch und Herzlich gewählt.

Der Verband der Möbelpolierer (Filiale Süd-Osten) hielt am 28. Mai im „Rückischen Hof“ seine regelmäßige Monatsversammlung ab. Allan Schwaben Besuch wegen ist der Vortrag des Kollegen Reuter über „Unser Beruf einst und jetzt“ bis zur nächsten Süd-Osten-Versammlung vertagt worden. Zum zweiten Punkt der Tages-Ordnung entspann sich eine rege Diskussion über Politik und Gewerkschaftsbewegung, wobei einige Ausführungen Bebel's detailliert wurden. Zum Schluß bat der Vorsitzende mehr für volle Versammlungen zu agitieren.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

Schlemmstr. 31. Rückhaltung der Klebmarken. Beiträge an junge Ehefrauen. Die Hälfte der für die Invalidenversicherung geleisteten Beiträge können Frauen erstattet verlangen, wenn sie in den Gehalt eintreten, bevor ihnen eine Alters- oder Invalidenrente bewilligende Entscheidung zugeht ist. Voraussetzung ihres Anspruches ist: 1. Es müssen mindestens 200 Mark vor Einhebung der Ehe geleistet sein. 2. Der Erhaltungsbetrag muß innerhalb eines Jahres nach dem Tage der Verheiratung geltend gemacht werden. Mit der Rückhaltung erlischt der durch die Zahlungen erworbene Anspruch auf Alters- oder Invalidenrente. In diesen Fällen, in denen die Ehefrau weiterarbeitete oder in denen die Möglichkeit einer Selbstversicherung gegeben ist, ist es ebenfalls möglich, den Antrag auf Rückhaltung nicht zu stellen, sondern weiter zu versichern. Der Antrag auf Erstattung der Beiträge ist bei der weiteren Verwaltungsbüro oder bei der Rentenstelle des Invaliden oder des letzten Beschäftigungsorts oder bei der von der Bundes-Centralbehörde bestimmten Behörde anzubringen. In Berlin sind solche Anträge an den Magistrat, Abteilung für Invalidenversicherung, Klosterstr. 41, schriftlich zu richten oder dort zu Protokoll zu erklären. Beizufügen sind die Vertragsurkunde und die Klebmarken.

G. D. 27. 1. Ihrer Aufnahme in Wahlverein steht aus diesem Grunde nichts entgegen. 2. Wenden Sie sich an den Bevollmächtigten der Filiale II, Herrn G. Hohrenwald, Kottbuser Ufer 41a.

Frankfurt a. O. Die Unterchrift ist unleserlich, auch fehlt jede nähere Adresse. Ihr Brief an die „Geschäftsleitung“ kann daher nicht beantwortet werden. — W. R. 1. Die Invalidenrente kann in voller Höhe der von ihr geleisteten Unterhaltungen die Invalidenrente mit Wechseln belegen. 2. Der Anspruch gegen die Krankenkasse kann auch ohne Nach geltend gemacht werden. Der Betreffende mag sich an die Gewerbe-Deputation mit dem Antrag wenden, die Kasse zu verurteilen. 3. Gegen die ehelichen Verwandten kann Anzeige wegen Diebstahls erstattet und auf Herausgabe des Gewandens seitens der zur Pflegerin ihres Mannes bestellten Frau geltend gemacht werden. — M. R. 121. 1. Erst bei der Verhaftung. 2. 15 M. für die Verhaftung und 24 M. Verpflegungsvoranschlag für den ersten Monat. 3. Die Lohnbeziehungnahme ist wegen Alimante für unethische Kinder zulässig. Es muß aber dem

Table with 4 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. G. u. F. It lists weather data for various stations like Berlin, Hamburg, and others.

Marktpreise von Berlin am 2. Juni 1900

Table listing market prices for various goods such as wheat, flour, and oil, with columns for item names and prices.

*) ab Boden Victoria-Speicher. †) ab Rahn und frei Wagen. ††) frei Wagen und ab Bahn.

Produktionsmarkt vom 5. Juni. Getreide. Am Frühmarkt machte sich, wie gewöhnlich nach einer leichtglühigen Unterbrechung, größere Kaufkraft bemerkbar...

seinem Urteil vom 15. Mai 1878 an, daß diese Strafbestimmungen neben dem Blamierung verhängten Reichsrecht gültig seien. ... Briefkasten der Redaktion. ... Wetter-Prognose für Mittwoch, den 6. Juni 1900.

Schulden, seiner Frau und seinen ehelichen Kindern so viel belassen werden, als zu ihrem handlungsmäßigen Unterhalt erforderlich ist. ... Der Berliner Kinderchirurgverein, Wilhelmstr. 10, Hof I, II, ...

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung. ... Theater. ...

Urania. Taubenstrasse 48/49. Im Theater abends 8 Uhr: „Von den Alpen zum Vesuv“.

Victoria-Theater. Alexanderplatz. Entenble Walden-Jordan. Große Lachertafel: Die Kanonenkönigin.

Samoa. Unsere neuen Landsleute!! Samoanisches Dorf - Urwald-Tropenlandschaft. ... Ausstellungen im Zoologischen Garten.

Schweizer Garten. Am Königsthor. Am Friedrichshain. Täglich: Theater. Specialitäten, Ball.

Theater. Mittwoch, den 6. Juni. Opernhaus. Der Evangelist. ...

CASTANS PANOPTICUM. Friedrichstr. 165. Magische Wunder-Vorstellungen.

Barnum & Baileys. grösste Schaustellung der Erde. Kurfürsten-Damm.

Max Klien's Sommer-Theater. Fasanheide 13-15. Kritische Leitung: Paul Hilbitz.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger. ...

Carl Weis Theater. Gr. Frankfurterstr. 132. Täglich: Am Spieltisch des Lebens.

Passage-Panopticum. Riesen und Zwerge. Passage-Theater: Vorstellung von 7-10 1/2 Uhr.

Gr. Pferde-Ausstellung in der Hippodrom-Bahn. Aufregende waghalsige Rennen.

Wo amüsiert man sich grossartig? Hasenheide 21 und Jahstr. 8 in Schnegelsberg's Festhallen.

Sanssouci. Kottbuserstr. 4a. Im prachtvollen Natur-Garten mit neuer Sommerbühne.

Schiller-Theater. (Wallner-Theater). Mittwoch, abends 8 Uhr: Die Orientreise.

Carl Weis Theater. Gr. Frankfurterstr. 132. Täglich: Am Spieltisch des Lebens.

W. Noacks Theater. Brunnenstr. 16. Täglich im Garten: Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.

Apollo-Theater. Um 9 Uhr: Mit sensationellem Erfolg: Venus auf Erden.

Metropol-Theater. Um 9 Uhr 10 Min.: Der grösste Erfolg dieser Saison.

Victoria-Brauerei. Lützowstr. 111/112. Im Garten oder Saal Täglich: Norddeutsche Sänger.

Schiller-Theater. (Wallner-Theater). Mittwoch, abends 8 Uhr: Die Orientreise.

Belle-Alliance-Theater. Im herrlichen Sommergarten: (vornehmstes u. großartiges Sommer-Stadttheater der Residenz).

W. Noacks Theater. Brunnenstr. 16. Täglich im Garten: Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.

Apollo-Theater. Um 9 Uhr: Mit sensationellem Erfolg: Venus auf Erden.

Metropol-Theater. Um 9 Uhr 10 Min.: Der grösste Erfolg dieser Saison.

Victoria-Brauerei. Lützowstr. 111/112. Im Garten oder Saal Täglich: Norddeutsche Sänger.

Central-Theater. Sensationeller Lachertafel! Berlin nach Elf.

Thalia-Theater. Tel. Amt I Va 6440. Dresdenstr. 72/73. Letzte Woche: Gastspiel: Annie Dirksen.

W. Noacks Theater. Brunnenstr. 16. Täglich im Garten: Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.

Apollo-Theater. Um 9 Uhr: Mit sensationellem Erfolg: Venus auf Erden.

Metropol-Theater. Um 9 Uhr 10 Min.: Der grösste Erfolg dieser Saison.

Victoria-Brauerei. Lützowstr. 111/112. Im Garten oder Saal Täglich: Norddeutsche Sänger.

Belle-Alliance-Theater. (Internationale Urania.) Heute und folgende Tage: Bis ans Ende der Welt.

Deutsche Konzerthallen. Spandauer Brücke 3. Singli in seiner Art. Ohne jede Konkurrenz.

Prater-Theater. Kastanien-Allee 7-9. Täglich: Der wilde Jäger.

Bierhaus zum Erlanger. Oranienstrasse 108. empfiehlt feinen grossen Mittag- u. Abendtisch.

Ostbahn-Park. Hermann Imbs 71 Ränderborfer Strasse 71 am Rastener Platz.

Halensee. Sommer "Kurfürstenpark" Theater. Ludwig Kluge. Heute und folgende Tage: Odysseus Heimkehr.

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Drechsler.
(E. G. 86, Hamburg.)
Am 1. Juni verlor unser langjähriges Mitglied, Herr
Karl Kerek
im Alter von 53 Jahren. [13486]
Seine Hinterbliebenen!
Die Verwaltungsstelle Berlin S.
N. N. A. Goleffsch, Bevollmächtigter.



Original Singer Nähmaschinen
Kgl. Bayr. Staatsmedaille München 1898
mit der Rotulierung: 48410
Vorzüglich und vielseitig mustergültig.
Unsere neuen Sorten von Familien-Maschinen stellen das Vollkommenste dar, was die Nähmaschinen-Technik bisher für Familiengebrauch und häusliche Industrie erzeugt hat. Unsere Maschinen für Fabrikationszwecke sind unerreicht in Rhythmicität und Dauer, wie in Vielseitigkeit und Güte der Leistungen. Specialmaschinen für die verschiedensten Zwecke und für jede Branche der Industrie.
Kostenfreie Unterrichtskurse in häuslicher Näharbeit wie in allen Techniken der modernen Kunstfärberei.
Hauptgeschäft:
Berlin, Kronenstr. 11.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Ehemalige Firma: G. Reiblinger.
Filialen in allen Stadtgegenden.

Nachruf!
Am Freitag, den 1. Juni, starb nach langem Leiden unser treuer Parteigenosse, der Weisgerber
Paul Rosenfeldt
an der Prostaterkrankheit. Einer der bravsten Genossen ist damit und entrissen, der seit langen Jahren in stiller Weise für die Partei wirkte. Ein guter Freund, ein tüchtiger Genosse, so wird er in unserm Andenken weiter leben. 220/4
Der Vertrauensmann des VI. Wahlkreises.

Öffentliche Versammlung der Löpfer Berlins und Umgegend
am Donnerstag, den 7. Juni, abends 6 Uhr, im Lokal des Herrn Dräsel, Neue Friedrichstraße 35.
Tagesordnung:
Die Stellung unserer Unternehmern zum Einigungsamt des Gewerbegerichts.
Die Lohnkommission der Meister ist zu dieser Versammlung eingeladen.
193b
Die Lohnkommission.

Maler und Berufsgenossen!
Donnerstag, den 7. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Nömann, Brunnenstraße 188:
Außerordentliche Mitglieder-Versammlung der Vereinigung der Maler und Berufsgenossen Filiale Berlin II.
Tagesordnung: Welche Schritte gedenken wir gegen das statutenwidrige Vorgehen des Hauptvorstands gegenüber der Filiale Berlin II zu thun? Wie gestalten wir unsere Organisation für die Zukunft am Ort am besten?
Es ist Pflicht sämtlicher organisierter Kollegen der Filiale II, diese höchst wichtige Versammlung zu besuchen.
124/17
Mitgliedsbuch legitimiert. **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Donnerstag, den 7. Juni, abends 8 1/2 Uhr:
Außerordentliche General-Versammlung
bei Keller, Koppenstraße 29.
Tages-Ordnung:
1. Fortsetzung der Diskussion über die Berichterstattung vom Verbandstag. 2. Antrag auf Anstellung eines Beamten. 3. Antrag auf Anstellung des Gaudvorsitzers. 90/1
Eintritt nur mit Mitgliedsbuch. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Montag, den 25. Juni, früh 8 1/2 Uhr,
Abfahrt: Stralauerbrücke 5:
Dampfer-Partie
mit Musik
nach Gesellschaftshaus „Dameritz-See“ in Hefentwinkel.
Preis für Hin- und Rückfahrt (inkl. See-Nachfahrt): 1 Mark, schulpflichtige Kinder 50 Pf.
Der sich ergebende Ueberflus ist zum Besten des Baufonds der freiwilligsten Gemeinde bestimmt.
Billets werden nur in beschränkter Anzahl abgegeben, und sind nur bis spätestens 15. Juni in den bekannten Billethäusern der Freiwilligsten Gemeinde und bei den unterzeichneten Arrangements zu haben; nach diesem Tage nur (soweit noch Platz) bei den Unterzeichneten.
62/6
H. Hoffmann, Blumenstr. 14, I. W. Wachs, Am Oberbaum 2.
S. Wegge, Rübenstraße 48, Quergeb. II.

Paul Voigts Handels-Akademie.
Neue Grünstraße No. 25, L. Ecke Wallstraße,
2 Minuten vom Spittelmarkt entfernt.
Vierteljährliche Tageskurse: in getrennten Kursen für Damen und Herren. Beginn 8. Juli, Honorar 15 M. monatlich pränumerando zahlbar. Lehrfächer: Einfache u. doppelte Buchführung, kaufmännisches Rechnen, Korrespondenz, Wechsel- und Handelsrecht, Schreiben, Stenographie, allgemeines kaufmännisches Wissen, Formularekunde, Schreibmaschine 5 M. extra.
Vierteljährliche Abendkurse: in getrennten Kursen für Damen und Herren. Beginn 8. Juli, Honorar 10 M. monatlich pränumerando zahlbar. Lehrfächer: doppelte Buchführung, kaufmännisches Rechnen, Wechsel- und Handelsrecht, Korrespondenz. 22/7
Brieflicher Unterricht: Einfache Buchführung 5 M., doppelte Buchführung 7,50 M. inkl. Contohefte zur Bearbeitung.
Prospekte gratis. Erste Referenzen stehen zur Verfügung.

Bei „Behandlung der Fettsucht“
BEACHT AUS DER KLINIK VON Geh-Med-Rath Prof. Dr. GERHARDT.
Bei Apothekern, Drogisten und Mineralwasser-Händlern, in ganzen und halben Flaschen.
„Dauernd sich Gleichbleibend“
„Das Beste“
„APENTA“
OFFENER BITTERWASSER
Bei „Chronischer Verstopfung“ (LEBERLEIDEN)

Charlottenburg!!
Uhrmacher Kunstmann, Wallstraße 1.
Reparaturen schnell, durchaus zuverlässig und nicht teuer. [4087L]

„See-Terrasse“, Lichtenberg,
Rödersstrasse 6.
(Die breite Rödersstrasse verbindet das Steuerhaus Landsberger Allee mit dem Dorfe Lichtenberg)
Zu Fuss in 8 Min. v. den betr. Ringbahnstationen u. Haltestell. der elektr. Bahn erreichbar.
Vergnügungs-Etablissement I. Ranges 20 000 Personen fassend.
Täglich: Konzert der Römer Bersaglieri.
Täglich vorzügl. Elite-Programm im Variété-Theater.
Novität: „Lichtenberg auf Stelzen“ Kolossaler Lacherfolg!
Tanz: Sonntag, Montag und Donnerstag.
Großer Vergnügungspark.
4 Kegelbahnen, 20 Ruderboote, Stellungen, Schutzhäuser für 100 Fahrräder. Familien können Kaffee kochen.
Entree an Sonn- u. Wochentag, 10 Pf., an Feiertag- u. Pomerwerktag, 20 Pf., Kinder an allen Tagen frei.



Unter Bezugnahme auf die Annonce der Fünfer-Kommission in No. 120 des „Vorwärts“ vom 26. Mai erklären wir hiermit:
Dass seitens der Münchener Brauhaus Aktien-Gesellsch. die Forderungen, bis auf Regelung der Arbeitsnachweisfrage, bereits am 10. März, also vier Wochen vor der Versammlung vom 8. April bei Dräsel und bevor die Kommission uns überhaupt ihre Forderungen unterbreitet hatte, aus freien Stücken bewilligt worden sind. Die Münchener Brauhaus Akt.-Ges. ist mithin den Wünschen der Brauer aus eigener Initiative entgegengekommen, wovon sich die Fünfer-Kommission am 31. Mai durch eines ihrer Mitglieder überführt hat.
Die in der Annonce vom 26. Mai ausgedrückte gegenteilige Ansicht beruhte auf Missverständnis.

Münchener Brauhaus Aktien-Gesellschaft.

Wein zum Ausschank sehr geeignet!
süß, rot, wie Portwein,
ausgezeichnet im Geschmack,
garantiert rein, 10 Ltr. M. 7,-, 100 Ltr. M. 120,-
Eugen Neumann & Co., Berlin SW., Hollmannstr. 16.

Mir hat's geholfen!
Für Magenleidende!
GEORG POHL
Appetits-Kräuter-Magen-Bitter-Liqueur
genannt der Lebensretter.

Tausendfach erprobt und anerkannt. Gesund, wohltuend und anregend. Nervenstärkend und blutbildend. Beseitigt Magenkatarrh, Magenkrampf, Magenschmerzen, Verdauungsstörungen und Verschleimung, Stuhlverstopfung, Kolikschmerzen, Herzklappen, Hämorrhoidal-leiden, bleiches Aussehen, Blutmangel, Entkräftung, Appetitlosigkeit, Kopfschmerzen. Dank- u. Anerkennungsschreiben liegen aus. Preis per 1/2 Liter-Flasche 1,50 Mk., erhältlich nur direkt durch Fabrikanten 4641L*
Drogist **GEORG POHL**, Berlin N., Brunnenstrasse 157
sonst nirgends weiter!
Sage mir, ob Du krank bist, und ich werde Dir sagen, was mir geholfen hat.

Zahnärztliches Institut, Alexanderplatz 1, Zähne 2 M., Blumend. von 1,50 an, Bohnd. 1,50 Pf. Teilzahnl. 8-6.
10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilz. wöchentl. 1 M.
Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130, Sprechst. 9-7

Möbel und Polsterwaren. Großer Lager
Arbeit, äußerst billige Preise, empfehle
A. Schulz, Reichensbergerstr. 5. Auch Teilschlingung!

Wer-Stoff-hat
fertige Anzug 20 M., feinste Suthaten, andere Arbeit, zwei Anproben. 48478*
!!! Ohne Konkurrenz !!!
!!! Tadellos Ihr !!!
Anzug-Reste, Paletot-Reste spottbillig.
Verkaufe fast jeden Stoff billiger als Fabrikmuster-Kollektion.
Herren-Bekleidung
Brunnenstraße Nr. 66, part.

Neu! Marly-Schrot
feinster Kaffeezusatz.
Giebt dem Kaffee eine vorzügliche Farbe u. reinen kräftigen Geschmack.
1/2 Pfd. Origin-Verpackung 15 Pf.
Deutsche Kaffee-Rösterer
A. Pennitz, Rosenthalerstrasse 59
und in den mit Plakat versehenen Handlungen.

Natur-Feitverfahren.
Haut-, Horn- u. Blasenleiden, Frauen-Krankheit, heilt sicher ohne Berufshörung. [39782*]
R. Wagner, Invalidenstr. 151/I
9-2, 5-9, Sonntags 9-2.
Zum Raubentbau!
Gebrauchtes Kantholz, Bretter, Balken, Balken, Nägel, Nägel, Dachpappe, Theer, billig!
550b
H. Rühle, Rottbuser Damm 22.

Speck nur deutsche Ware!
mager a Pfd. 65 Pfg.
bei 5 Pfd. a Pfd. 58 -
fettor 55 -
prima a Pfd. 1,10,
halbharte a Pfd. 85 Pfg.
Schlackwurst, a Pfd. 90 Pfg.
Landschinken
E. Klähn, Finken-
Strasse 10.

Anzüge
und Paletots von 20 M.
an, liefert elegant figend [43829*]
Reinhold Werner,
Gr. Frankfurterstr. 70,
Kl. Andreasstr. 12.

Blusen-Fabrik
für alle Geworke.
Blaue Jacken, grade, schräge, m. Umlegekrag, mit Zug usw., von 1,25 bis 3,00.
Blaue Hosen von 1,20 bis 3,00
Kittel f. Maler, Mechaniker u. ähnl. Berufs von 1,75 bis 2,75.
Arbeitsblusen blau u. gestreift kleine v. 0,90-1,35, grosse v. 1,00-2,00.
Graue Dreilack- und Hosen, verschiedene Formen, alle Weiten und Längen.
Alle andre Arbeitsbekleidung zu billigsten Preisen.
Louis Rosenthal, jr.
C., Alexanderstrasse 63,
schrägbügel d. Prenzlauerstrasse.

Höhen, Anzüge, Paletots!
Vorzügl. Maßbelleidungen.
Hälfte Kostenpreis.
Ludwig Engel,
Herrenbekleidung, 47012*
Münzstrasse 26, part.

5 1/2 Pfd. Brot 50 Pfg.
H. Albrecht's Bäckerei
Wrangelftr. 9, Kraufftr. 19,
Faldentierstr. 28, Lauffertr. 2.
Teilschlingung monatlich 10 Pf.
Bekleidungs- u. Schuhwaren
Herderode nach Maß, auch bar Kaffe mit kleinstem Ruben J. Tomporowski,
Schneidermeister, Neanderstr. 16 II.

Georg Müller, Drechsler
aus Boppard a. Rh., wird gebeten, seinem Schwager **Clemens Bertram** in Boppard seine Abreise anzugeben wegen Familienangelegenheit. Bitte seine Kollegen, ihn zu verhaften.
1345*

Wer-Stoff-hat
fertige Anzug 20 M., feinste Suthaten, andere Arbeit, zwei Anproben. [47032*]
!!! Ohne Konkurrenz !!!
!!! Tadellos Ihr !!!
Anzug-Reste, Paletot-Reste spottbillig.
Montag - Dienstag
Recherberlauf zu Anodenanzügen, unisoni zugeschnitten.
Verkaufe billig, als Fabrikmuster-Kollektion der Tuchfabrikanten.
Ludwig Engel,
Herrenbekleidung Münzstr. 26, part.

Schultze,
Wasserthorstr. 1/2, I.
Behandlung aller Haut-, Horn- und Blasenleiden ohne jegliche Berufshörung. 3078L*
Sprechstunden 9-2 u. 5-9.
Donnerstagsvormittag keine Sprechstunde.
Bei Vorzeigung der Verbandskarte 10 Proz.

Haut- und Harn-Leiden
heilt 30862*
ohne schädliche Mittel
E. Herrmann, Apotheker,
Georgenkirch-Platz Nr. 21.
Sprechst. 10-1 1/2 u. 5-8.

Chronische Leiden
jeder Art ohne Berufshörung.
Institut Jost, Chausseestr. 117, I. r.
9-3, 5-9, Sonntags 9-7.
Arbeiter 20 Proz. Ermäßigung.
Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben
Größte Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Feinleider etc. werden unter Garantie des guten Stiches zu überaus billigen Preisen (schnellstens angefertigt im Tuchgeschäft bei **A. Karle**, Waldemarstr. 66.

Sofastoff-Reste
ausreichend zu Bezügen, in Wolllin, Damast, Phantasie, Moquet und Plüsch, sowie Satteltaschen, nur gute Qualitäten, bedeutend unter Preis.
J. Adler Teppichhaus,
Königstr. 20,
dicht am Rathaus. [4858L*]

Fahrräder.
Stets großes Lager
erkauftiger Fabrikate auf Teilschlingung. ohne Preisermäßigung zu den constant billigen Preisen. Anzahl gratis.
Wenig gebrauchte Räder für Herren und Damen zu billigen Preisen unter Garantie.
Adomelt & Landau
Lothringerstraße 48 I.
Dicht am Rosenthaler Thor.
Verlangen Sie gratis u. franco meinen illustriert. Hauptkatal. über
Fahrräder
u. Fahrradartikel u. Sie wird sich überzeugen, dass ich u. besserer Qualität, unt. 1. Jahr Garant., am billigst hin. - Wiederverk. ges.
Deutsche Fahrrad-Industrie,
Richard Drissens,
Hannover, Bräderstr. 4.

Lokales.

Bauunternehmer-Verband und Streiklausel.

Wenn zwei Kontrahenten in einem Vertragsverhältnis zu einander stehen, so pflegen sie einander vor allen Dingen öffentlich wenn auch nicht mit ausgeführter Zuvorkommenheit, so doch zum mindesten in Form der guten Sitten nicht widerstreitend. Diesen Grundsatz haben sich auch die organisierten Arbeiternehmer des Baugewerbes zu eigen gemacht, die im vorigen Jahr mit dem organisierten Unternehmertum einen bis zum 1. April nächsten Jahres gültigen Arbeitsvertrag eingegangen sind. Bei allen Gelegenheiten haben sich die Vertreter der organisierten Arbeiter bemüht, nicht allein etwaige Differenzen und Widerwärtigkeiten in Güte schlichten zu helfen, sondern auch den Mitkontrahenten durchaus die Achtung bezeugt, die diese im bürgerlichen Verkehr beanspruchen können. Anders scheinen bedauerlicherweise die im Verbande der Baugeschäfte Berlins vereinigten Unternehmer handeln zu wollen, die vor einigen Tagen eine „Die Einföhrung der Streiklausel in die Bauverträge“ betitelte „Denkschrift“ herausgegeben haben.

Diese Denkschrift strotzt förmlich von unmotivierten Beschimpfungen der Arbeiter und ihrer Vertrauensmänner und scheint fast darauf angelegt, diese auf das Äußerste zu brüskieren.

Während vorgeschrittene bürgerliche Nationalökonomien und immerhin auch manche Unternehmer einzusehen beginnen, daß gedeihliche Verhältnisse in einem Gewerbe am sichersten durch Vertragsschluß mit der organisierten Arbeiterschaft herbeizuführen sind, geben die Herren des Baugewerbes, die für sich das Koalitionsrecht im allerweitesten Umfange ausüben, in der Denkschrift systematisch darauf aus, die Koalitionen der Arbeiter in rohen Worten zu beschimpfen und herabzusetzen.

Auf Seite 4 der erwähnten Broschüre ist von der „notorischen Streiklust der Arbeiter“ die Rede und von dem „verderblichen Einfluß der Sozialdemokratie“; auf Seite 5 wird von „sozialdemokratischen Hegeren“ gesprochen, die in das alte Vertrauensverhältnis „einen klaffenden Riß“ gebracht hätten, auch wird von körperlichen Vergewaltigungen der schlimmsten Art, von „Anstößen für die agitatorischen Pläne der Führer“ geredet. Auf Seite 8 wird die Ablehnung des Zuschlagsgesetzes beklagt, auf Seite 9 befindet sich die Behauptung, daß „junge, unreife Burschen, die häufig richtige Arbeit scheuen, von der Organisation zu einer Art Baukontrolle herangezogen werden. Gewerbmäßige Aufseher, Rädelöhlführer, gewerbmäßige Agitatoren u. sind weiter die Kofamenen, mit denen die organisierten Arbeiter des Baugewerbes und deren Vertreter in der amtlichen Denkschrift des Bauunternehmerverbandes befaßt werden.

Und diese von Beschimpfungen strotzende Broschüre soll den Zweck haben, Privolen und namentlich Behörden die Ueberzeugung beizubringen, daß ihre Herausgeber die Segnungen des Friedens im Baugewerbe herbeizuführen wollen und daß die beschimpfte Streiklausel eins der verwerflichsten Mittel zur Herbeiführung des Friedens sei!

So viel Ungehörlichkeit, so viel Hochmut und Rohheit hat sich selten in einer Denkschrift vereinigt gefunden. Der Haß gegen die Arbeiterschaft, der in der Broschüre unverhüllt hervortritt, geht sogar so weit, die Klänge anzudeuten, bis das Unternehmertum nach Sicherung der Streiklausel gegen die Arbeiter zur Ausführung bringen will. Diese Klänge richten sich gegen nichts anderes als gegen die paar Ermahnungen, die die Arbeiter durch ihre Organisation vom Unternehmertum erreicht haben und die in den Verträgen, welche beide Teile miteinander vereinbart haben, festgelegt sind. Nachdem Seite 5 auf den vermaglich festgesetzten Stundenlohn von 60—65 Pf. hingewiesen worden ist, der „keinerlei Anlaß zur Unzufriedenheit“ bietet, der aber doch nicht anders als durch die Macht der beiderseitigen Organisationen bei vertraglich festgelegt werden können, wird auf Seite 8 ganz offen behauptet, daß die Planer und Zimmerer einen „großen Teil ihrer Forderungen durchgesetzt haben und daß im vergangenen Jahre erst wieder die Berliner Bauarbeiterschaft gezwungen war, die neuinständige Arbeitszeit den Planern zuzugestehen, obwohl bei einer regen Bauaktivität zur ordnungsgemäßen Förderung der Bauten eine mindestens zehnstündige Arbeitszeit erforderlich sei.

So soll also die Streiklausel nichts Beringeres sein als die erste Stange zu dem Ziele, die paar Kulturereignisse, die von den Arbeitern unter beträchtlichen Opfern erworben sind, wieder zu zerstören und der unumschränkten Ausbeutung der Arbeitskraft des unterdrückten Thür und Thor zu öffnen. Da sich die organisierten Arbeiter selbstverständlich derartige Unterdrückungsversuche nicht gefallen lassen, sie vielmehr mit aller Anstrengung bekämpfen werden, so hat die Kommunalbehörde, die sich auf die Streiklausel der Bauunternehmer einläßt, die Schärung des sozialen Unfriedens auf dem Gewissen.

Ob der Berliner Magistrat in dieser Hinsicht handelt, die den Unternehmern gemachte Konzession im Interesse des sozialen Friedens zurückzunehmen und für den Sicherheit voraussetzenden Nachhol der Uebernahme des kommunalen Bauwesens in Regie herbeizuführen wird?

Wir können leider nicht bei der städtischen Behörde ein solches Maß sozialpolitischer Einsicht voraussetzen und müssen daher den organisierten Arbeitnehmern im Baugewerbe raten, durch möglichst kräftige Organisation der Organisation sich kommenden Angriffen gegenüber zu wappnen.

Dem Unternehmertum gebührt aber gewissermaßen Dank dafür, daß es mit so ungehörlicher Offenheit seine verderblichen Pläne enthüllt hat.

Die Rauchplage. Amlich wird mitgeteilt: Zur Abhilfe der in allen Industriestädten zu Klagen Anlaß gebenden Rauchplage stehen jetzt sowohl geeignete Rauchverzehrer-Einrichtungen genügend zur Verfügung, wie es andererseits auch möglich ist, ohne besondere Vorkehrungen durch Anwendung rauchschwacher Brennstoffe oder selbst nur durch geeignete Abwärtung der Feuerungen ausreichende Abhilfe zu erzielen. Das Berliner Polizeipräsidium hat seit Jahren der in gesundheitlicher Beziehung zu den ernstesten Bedenken Anlaß gebenden Rauchplage seine Aufmerksamkeit zugewendet und es ist ihm in allen zur Anzeige gebrachten Fällen gelungen, einen befriedigenden Erfolg zu erzielen. In England, namentlich in London, hat sich zu dem gleichen Zweck eine besondere „Rauchabkämpfungs-Gesellschaft“ gebildet, die einen eigenen Inspektor befolgt, der tagtäglich nichts anderes zu thun hat, als nach stark rauchenden Schornsteinen auszuspähen und davon Anzeige zu erstatten. Der Londoner Verein ist jetzt sogar so weit vorgeschritten, daß er auch gegen die qualmenden Schornsteine von Privatbäuern vorgehen will, allerdings besteht dort — ebenso wie auch in Paris — auch ein Befehl, wonach die übermäßige Rauchentwicklung unter Strafe gestellt ist. Für Berlin, wo eine derartige besondere Verordnung fehlt, giebt es jedoch anderweitige gesetzliche Handhaben zur Verhinderung von Rauchbelästigungen, wenn solche nur beim Polizeipräsidium zur Anzeige gebracht werden. Wenn es hier auch nicht erforderlich ist, nach dem Londoner Muster die Bildung einer privaten Rauchabkämpfungs-Gesellschaft zu empfehlen, so können doch im Interesse der Volksgesundheit weitere Kreise des Publikums an der Bekämpfung des Rauchs und damit an der Verbesserung der Luft in unserer Stadt insoweit teilnehmen, daß sie entsprechende Anzeigen der Polizeibehörde zugeben lassen. Ein derartiges Vorgehen wird sicherlich die weiteste Sympathie in der Öffentlichkeit finden, wie es

andererseits auf die thätigste Förderung des Polizeipräsidiums rechnen darf.

Das Gend der Eisenbahnarbeiter zu verpöten, dies geschandloste Ausruf bringen die „Berliner Neuesten Nachrichten“ fertig. In einer an sich belaugelten Polemik gegen unte Stellung zum Straßenbahnerstreik kommt das Kapitalistenblatt mit der Behauptung, die Thatsache, daß bei den deutschen Staatsbahnen noch kein Streik vorgekommen sei, spreche dafür, daß die Eisenbahnarbeiter sich also doch leidlich wohl fühlen müssen. Den Armen, die mit 2.50 M. Tagelohn im teuren Berlin sich und ihre oft zahlreiche Familie zu ernähren suchen müssen, dieser Ungläublichen mit solchem freivolten Spott zu kommen, das übertrifft wohl so ziemlich alles, was die „Berliner Neuesten Nachrichten“ sich an Rohheit geleistet haben.

Unser Parteigenosse Paul Zahn hat das Gefängnis in Zegel, wo er eine zweimonatliche Strafhaft verbüßt, am Montag verlassen. Hoffentlich hat unser Genosse die Qualen des Kerkers auch diesmal ohne allzuschlimme Nachwirkungen überstanden.

Die Verkehrsverhältnisse an den beiden Pfingstfeiertagen gestalteten sich im Vorort- und Stadtbahnbetrieb außerordentlich schwierig, wiewohl die Eisenbahn-Direktion ihren gesamten Wagenpark den Ausflüglern zur Verfügung gestellt hatte. Sämtliche Eisenbahnstrecken waren auf das Äußerste belastet. So wurden auf der Strecke Berlin-Stadtbahn-Görlitzer Bahnhof nach Johannisthal, Grünau, Königs-Wusterhausen und umgekehrt nicht weniger als 304 Züge, zwischen Grünwald und Berlin-Stadtbahn, Nord- und Südring 206 abgefertigt. Auf der Stammesbahn verkehrten 242, zwischen Berlin, Hermsdorf und Oranienburg 112, zwischen Ebnzer, Friedrichshagen, Karlshorst, Berlin 108 Züge, zu je 40 bis 50 Köpfen. Bei einer derartigen Belastung der Strecken konnte sich der Bahndienst nicht in der so planmäßigen Weise vollziehen, und die meisten Züge erlitten Verspätungen, die auf einzelnen Linien, so auf der schlesischen Bahnstrecke, bis zu zwei Stunden an betragen. Trotz des gewaltigen Wagenausgebots wurden die Abteile überfüllt, und auf den Bahnhöfen spielten sich wieder die genügend bekannten Szenen und Kämpfe ab. Wiederholt mußten die Zugänge zu den Bahnsteigen wegen des zu großen Andranges gesperrt werden. In den Abendstunden mußten immer wieder Keerzüge nach den Vororten einlaufen werden, um die Ausflüglern zurück zu holen; erst gegen 3 Uhr morgens wurde der Bahndienst eingestellt. Aehnlich lagen die Verhältnisse bei dem Straßenbahnbetrieb.

Einige hundert Personen, die an der Station Schildhorn Montagabend auf den Steamdampfer warteten, wurden mangen dem Entschluß, als sie trotz gelöster Willens auf dem vollen Dampf keinen Platz erhalten konnten und in der Dunkelheit zu Fuß nach Station Grünwald marschieren mußten.

Gegen die Kranken-Zuschuldsache sämtlicher Berufs- und Erwerbszweige Deutschlands (S. 9. Nr. 181), Seebastianstr. 88, I., über die wir am Sonntag berichteten, liegen jetzt eine große Anzahl Klagen solcher Mitglieder vor, die ihren Anspruch auf Krankengeld nicht befriedigt erhalten konnten. Ob diese Klagen von Erfolg sein werden, ist sehr zweifelhaft, denn die Vorstandsmitglieder Vorverord und Hirsch haben einen Eideschwur geleistet und in der Rasse wird kaum noch ein Pfennig vorhanden sein. Der erste Vorsitzende der Rasse, Hugo Borwerd, betreibt in demselben Rassenlokal, wo sich das Rassenbureau befindet, ein Kostnachts-, Bank- und Kommissionsgeschäft unter der handelsgerichtlich eingetragenen Firma Vorverord u. Co. Daß die Rasse nur zum Vorteil der Rassenleiter gegründet worden ist, geht daraus hervor, daß die beiden Vorstandsmitglieder sich laut Statut auf Lebenszeit in ihr Amt haben wählen lassen. In der letzten Generalversammlung der Rasse am 30. April waren im ganzen 9 Personen anwesend, wohl eine Folge der schon berechneten Methode, die Versammlung in oblitoren, von der Bevölkerung kaum geleseuen Blättern bekannt zu geben. Hoffentlich die jahrelang von uns wiederholten Warnungen vor dem Beitritt zu derartigen Gründungen endlich den Erfolg, daß das Publikum sich bewahrt, deren es genug giebt, zuwenden.

Zur Vorbereitung der mehrerwähnten wissenschaftlichen Dauerballonfahrt wurde eine kleinere Versuchsfahrt am Pfingstsonnabendabend hier angetreten. Benutzt wurde ein Ballon des Vereins zur Förderung der Luftschiffahrt. An der Fahrt beteiligte sich der Führer der wissenschaftlichen Dauerballonfahrt Herr Perion vom königlichen meteorologischen Institut, sein Stellvertreter Herr Schirring und der Veranfallter der großen Fahrt Herr Jelski. Der Aufstieg erfolgte abends punkt 1/10 Uhr vom Tempelhofer Feld bei mäßigem Ostwind. Die aus Weiden in Holland dringlich gemeldet wird, sind die drei Herren wiederhalten nach zwanzigstündiger Fahrt bei Utrecht in Holland am Sonntagabend um 1/10 Uhr glatt gelandet. Alle Teilnehmer, die erfahrene Luftschiffer sind, befanden, daß sie noch nie eine so schöne Fahrt erlebt haben. Von besonders großartiger Wirkung war der Tentoburger Wald, den der Ballon überflog. Die Reise war sehr anstrengend, da die Teilnehmer so gut wie gar nicht der Ruhe pflegten. Die drei Herren haben jedoch sofort die Rückreise nach Berlin angetreten und sind schon Montag früh wieder hier eingetroffen.

Die Zahl der Waisenpflegerinnen ist in der letzten Zeit wieder vermehrt worden. Im Monat Mai hat die Stadtverordneten-Versammlung für 13 Waisenrats-Bezirke 21 Waisenpflegerinnen gewählt, darunter 8 Pflegerinnen für 8 Bezirke in der Sitzung vom vorigen Donnerstag. 18 mal handelte es sich um Verlegung einer neu geschaffenen Stelle, 3 mal um Ertrag für ausgeschiedene Pflegerinnen. Unter den 13 Bezirken waren 4, in denen bisher überhaupt noch keine Waisenpflegerin tätig gewesen war.

Für Nadler verbotene Straßen in der Umgebung Berlins. Die „Märk. Nachr.“, das amtliche Organ des Gen 20 (Berlin) des D. R. V., hat sich das Verdienst erworben, die in und um Berlin gültigen Fahrverbote in alphabetischer Reihe zusammenzustellen. Wir lassen das Verzeichnis nachstehend folgen: **Adlershof:** Vom Kilometerstein 10,2—10,4 (Warnungstafeln) führen. **Erzner:** Das Befahren der Brücke ist verboten. **Grünau:** Vom Kilometerstein 13,6—13,8 (Warnungstafeln) absteigen und führen. **Grüne-wald (Kolonie):** In der Hubertus- und Wismar-Ällee ist seit der in der Fahrtrichtung rechts vom Reitweg liegende Teil inne-zuhalten. **Hundeshöhe:** Vom Kilometerstein 8,25 (Waldgatter) bis 7,7 absteigen und führen. **Königs-Wusterhausen:** In Neue Mühle ist vom Kirchsteig bis zur Einmündung des Gerns-dorfer Weges zu führen. **Noorkake:** Vom Kilometerstein 1,7 bis 1,9 (Warnungstafeln) absteigen und führen. **Neues Palais (Potsdam):** Das Passieren der „Mopse“ ist bei Anwesenheit der höchsten Dienststellen verboten. **Nieder-Schöneweide:** Vom Kilometerstein 6,9—7,1 (Warnungstafeln) absteigen und führen. **Pfauen-in-sel:** Vom Kilometerstein 3,5—3,7 (Warnungstafeln) absteigen und führen. **Rixdorf:** Das Befahren der Kirchgasse und Gärtnersstraße ist verboten. **Schlesischer Busch (Trepow):** Das Befahren der Park- wege mit Fahrrädern ist unteragt. **Schmidewitz:** Das Befahren der Brücke ist verboten. **Spandau:** Die Eisenbahnbrücke ist auch für das Fahren von Fahrrädern gesperrt. **Trepow:** Der ge-pflasterte Teil der Trepower Chaussee vom Kilometerstein 3,6 bis 3,8 ist an Sonn- und Festtagen von 11 Uhr nachmittags ab verboten. **Wannsee:** Vom Kilometerstein 6—6,3 (Moorkafer Chaussee) ab-steigen und führen (Warnungstafeln).

Zur unentgeltlichen Lieferung von Lehrmitteln an Gemeindegemeinschaften. Der von den Schulkommissions-Vorsitzern in ihrer Februar-Versammlung mit großer Mehrheit gefasste Beschluß, daß die an bedürftige Gemeindegemeinschaften unentgeltlich gelieferten Lehrbücher künftig mit einem Stempel zu versehen seien, ist in der Mai-Versammlung wieder aufgehoben worden. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Stempelung den Schulkommissionen

wie den Schulen mehr Arbeit bringen und zugleich die Lieferung der Bücher verzögern würde. Die Schuldeputation, die jenen Beschluß für bedenklich gehalten und aus diesem Grund eine nochmalige Erörterung der Angelegenheit gewünscht hatte, führte durch ihren Kommissar aus, die Stempelung verursache nicht bloß mehr Arbeit, sondern verstoße auch gegen die Pflicht und gegen die soziale Richtung unserer Zeit. Im übrigen sei sie unveränderlich mit der Bestimmung, daß die Lehrmittel als Geschenk gegeben werden sollen. Ein früherer Antrag, die Lehrmittel den Kindern künftig nicht mehr zu schenken, sondern nur noch leihweise zu überlassen, war bereits in der Februar-Versammlung abgelehnt worden, nachdem sich die Schuldeputation besonders aus pädagogischen Gründen durch ihren Kommissar dagegen erklärt hatte.

In den Erkrankungen im Fällerbattillon des Alexander-regiments wird gemeldet, daß alle Erkrankten sich auf dem Wege der Besserung befinden. Im Garnisonlazarett zu Tempelhof liegen nur vier Mann, je einer von der 9. und 11. und zwei von der 10. Compagnie. Alle vier sind fieberfrei, leiden nur noch etwas an Durchfall und werden voraussichtlich schon nach einigen Tagen das Lazarett verlassen können. Die in der Revierbehandlung in der Kaserne gebliebenen Mannschaften sind bereits alle wieder auf den Beinen, thun aber noch keinen Dienst. Im ganzen sind, wenn man auch die allerleichtesten Fälle mitrechnet, 60 Mann erkrankt gewesen. Die Ursache der Erkrankung ist noch nicht festgestellt. Wenn auch die Kaserne Wasserleitung hat, so befinden sich auf dem Hofe doch zwei Brunnen, deren Wasser nur zum Sprengen benutzt werden soll. Ob die Leute davon getrunken haben und infolge dessen erkrankt sind, steht noch dahin. Jedenfalls hat man jetzt die Brunnen gesperrt.

Der mit Helmsurlaub in Berlin weilende Polizeimeister Olbrich aus Kamerun ist hier verhaftet worden. Olbrich diente bei der Schutztruppe und erhielt dann zunächst die Stellung eines Lagerverwalters. Da er sich dem äußeren Schein nach sehr gut führte, so wurde er später zum Polizeimeister ernannt. Vor einiger Zeit kam er mit einem halbjährigen Urlaub nach Berlin und wohnte hier in der Königsbergerstraße 35. Nach seiner Abreise stellten sich Unregelmäßigkeiten bei der Lagerverwaltung heraus, die dem Polizeimeister zur Last gelegt wurden. Dieser wird beschuldigt, auf Rechnungen eingezogene Beträge unterschlagen und falsche Rechnungen aufgestellt zu haben. Auf Veranlassung der Kameruner Behörde wurde Olbrich, der jede Schuld bestritt, durch Vermittelung des Anwaltbüros verhaftet und von der Kriminalpolizei dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Dieser behielt ihn in Haft.

Eine Gasexplosion entstand Sonntagmorgen im Eiseller des Restaurateurs des Kuhalter Bahnhofs, wobei zwei Arbeiter der Norddeutschen Eiswerke verletzt wurden. Die Leute waren mit dem Abblenden von Eis beschäftigt und es scheint, daß sich an der Leitung entwöhrenes Gas an der während der Arbeit brennenden Gasflamme entzündet hat. Einer der Arbeiter hat nur leichte Verletzungen erlitten und lehrte bald wieder zu seiner Arbeit zurück, der andre wurde zur Unfallstation gebracht. Durch den Luftdruck sind zwei Türen und mehrere Fensterscheiben zertrümmert worden.

Nach Unterschlagung von 7500 M. zum Nachteil seines Chefs, des Rechtsanwalts Ulrich hierseits, ist seit einigen Tagen dessen Bureauassistent Herr Wöhm flüchtig geworden. Wöhm ist am 3. Aug. 1869 zu Hirschberg geboren und bisher hier Wilmstr. 58 wohnhaft gewesen. Er hat seit Jahr und Tag Geldbeträge, die von den Klienten eingegangen waren, unterschlagen und sich besonders hierzu die eingehenden Mandatengelder ausgeschrieben; in vereinzelten Fällen hat er jedoch auch die eingegangenen Gebühren sich angeeignet. Diejenigen Personen, welche über den jetzigen Aufenthalt des Wöhm Angaben machen können, werden ersucht, an die Kriminalpolizei zu Nr. 3495 IV/6. 00, eventuell Mitteilung gelangen zu lassen, beziehungsweise in den Vormittagsstunden im Zimmer 324 mündliche Angaben zu machen.

Erstikt und verbrannt ist in der Nacht zum ersten Pfingstag die 72jährige verwitwete Rechnungsrätin Währ aus der Göldenstr. 9. Sie scheint in letzter Zeit hin und wieder an geistigen Störungen gelitten zu haben, denn sie hielt zeitweilig am Tage wie auch mitten in der Nacht so laute Selbstgespräche, daß die durch eine massive Wand von ihr getrennten Nachbarn-leute ihre Särchen hörten. Sonntag früh nach 1 Uhr hörten man die benachbarten Scheiterhaufen Scheleute wiederum lautes Rufen aus der Schlafkammer der alten Dame. Als sich dazu Brandgeruch bemerkbar machte, eilte Frau Scheffer über die vordere Treppe und klingelte heftig an der Wöhm'schen Wohnung, ohne jedoch Einlaß zu finden, da das im ersten Eßloche liegende Dienstmädchen nicht nach wurde. Erst als der durch den Lärm herbeigerufene Hausverwalter Holmann energisch die Klingel zog und an die Thür postete, öffnete das erschreckte Dienstmädchen. Der im selben Hause wohnende Feuerwehmann Pester war auch bereits erschienen und alles stürzte nun nach dem Berliner Himmer. Beim Öffnen der Thür schlugen ihnen Flammen und dichter Rauch entgegen. Das Weib und die Möbel brannten und auf dem Fußboden vor dem Bett lag der entseelte Körper der alten Frau. Sie war erstikt, hatte aber auch starke Brandwunden davongetragen.

Mehrere Holzkapel, die auf dem Bauplatz der Gebrüder Ebeling, Kottbuser Damm 50, lagerten, stürzten gestern abend 6 1/4 Uhr unter großem Gepolter auf den Straßendamm und rissen den Straßenzug samt auch mehrere Bäume auf der Straße um. Zum Glück war in dem Augenblick, als der große Umsturz vor sich ging, der in Betracht kommende Teil der Straße menschenleer.

Zwei Berliner Ausflüglern sind in einem Teich bei Tempelhof ertrunken. Montag unternahm mehrere junge Leute aus der Hagelbergerstraße einen Ausflug nach Marienhöhe. Kurz vor diesem Ort befindet sich unmittelbar an der Station Tempelhof ein zwar kleiner, aber sehr tiefer Teich. In diesem lagerten sich die Ausflüglern. Drei von ihnen betraten fälschlich ein dort am Ufer liegendes Floß und stiegen dieses mit Stangen vom Ufer ab. Als es etwa die Mitte des Teiches erreicht hatte, wollte der eine der jungen Leute, der 10jährige Sohn der Heingehenden Scheleute aus der Hagelbergerstraße, nach der andern Seite des Flusses schreiten, glitt aber ab und stürzte ins Wasser, seinen zwei Jahre älteren Bruder mit sich reichend. Sie waren beide des Schwimmens unkundig und gingen sofort unter. Mehrere Herren, die den Vorfall beobachtet hatten, eilten sofort hinzu, doch gelang es ihnen erst nach 15 Minuten, den 10jährigen Heinge, und zwar als Leiche, ans Land zu bringen. Die Leiche des Bruders fand man erst gestern morgen auf.

Mit ihren drei Kindern verschwunden ist seit acht Tagen die Frau des Privatlehrers Steller aus der Seelgarderstr. 60. Steller war früher Lehrer, mußte aber wegen Nervosität sein Amt aufgeben. Die Hausgenossen, die ihn wegen seines aufgeregten Weisens geradezu fürchteten, wollten wissen, daß er Frau und Kinder auch bedroht habe, so daß sie den Schutz der Polizei in Anspruch nehmen mußten. Am Dienstag voriger Woche nahm Frau Steller ihre Kinder, einen Sohn von 10 Jahren und eine Tochter von 6 Jahren und eine zweite noch nicht ein Jahr alte Tochter, und ging mit ihnen weg. Die Kinder nahmen auch ihren Sportwagen mit. Seitdem hat man von der Frau und den Kindern nichts mehr gehört. Die Nachforschungen Stellers in ihrer Heimat, in den früheren Wohnungen usw. sind erfolglos geblieben. Man befürchtet, daß die Frau in der Verzweiflung Hand an sich gelegt und die Kinder in den Tod mitgenommen hat.

Selbstmorde. Im Tiergarten erschossen hat sich der 56 Jahre alte Kadrierer Ewald Opy aus der Woyenstr. 12. — Mit Morphium vergiftet hat sich der 48 Jahre alte August Robert Kroll aus der Wälderstr. 9. Kroll war langweilend. — Den Tod im Wasser suchte am Sonnabendabend ein unbekanntes, schwarz gekleidetes,

etwa 20 Jahre altes Mädchen, das von der Thielensbrücke in den Landwehrkanal sprang. Schiffer retteten die Lebensmüde. — In einem Keller hängt sich der 24 Jahre alte Schreiber August Musch in Mummelsburg, der seit fünf Jahren bei der Orts-Krankenkasse der Gürtler beschäftigt war. Musch hatte sich Unregelmäßigkeiten zu Schulden kommen lassen. — Die 41 Jahre alte Frau Schreiber war in der ganzen Nachbarschaft wenig rühmlich bekannt. Sie trank öfter über den Durst und mißhandelte dann ihre Kinder auf das schwerste. Vor drei Jahren erhängte sich der Mann, weil er glaubte, daß seine Frau mit einem Schlafbrüderchen, der bei den Leuten wohnte, Beziehungen unterhalte. Die Kinder hatten es seitdem noch schlechter als früher. Im Dezember vorigen Jahres warf die Rabenmutter mitten in der Nacht ihren 16jährigen Sohn Richard aus der Wohnung. Nur mit dem Hemd bekleidet wurde er von einem Nachbar auf der Straße getroffen und in die Wohnung mitgenommen. Am 1. April zog Frau Schreiber mit den andern vier Kindern nach der Dresdenerstr. 13. In der neuen Wohnung mißhandelte sie am Sonnabend ihre 14jährige Tochter Wanda, schlug sie mit einer Eisenstange über den Kopf und warf sie dann zur Thür hinaus. Wanda suchte und fand ebenfalls anderwärts ein Unterkommen. Am ersten Feiertag schickte Frau Schreiber ihre Kinder gegen Mittag von Hause weg. Als sie um 1 1/2 Uhr zurückkehrte, fanden sie die Mutter in der Kellerwohnung erhängt auf.

Vermißt wird seit dem 29. Mai der 24 Jahre alte Idiot Siegmund Beder, der bis dahin Rohrenstraße 6/7 vorn 1 Treppe bei seiner Mutter, der Witwe Beder wohnte. Er trug bei seinem Verschwinden eine braune Manchesterhose, schwarzes Jacket und schwarzen weissen Hut. Beder ist kenntlich an stark gebücktem Gang. Wer etwas über seinen Verbleib weiß, wird gebeten, die Mutter zu benachrichtigen.

Herr Oskar Wagner, der sich vor einem Jahrzehnt im American-Theater mit wiggollen Parodien auf den damals aufleimenden Realismus gütlich thun durfte, ist im Laufe der letzten Jahre ein stiller Mann geworden. Eine veränderte Gesinnungsrichtung wie allerhand widrige Umstände brachten den flotten Lokaldichter fast in Vergessenheit und sein Wunder ist es daher, daß er außerhalb Berlins die ihm hier verlagte Gastfreundschaft angenommen hat. Im Kurfürstentpark-Theater zu Galensee hat er als neuer Direktor mit lundiger Hand ein Programm aufgestellt, dessen Ausführung erheblich mehr Beachtung verdient, wie sie sonst Sommerbühnen zu teil werden mag. Nach einem Prolog, den Herr Wagner selber sprach, brachte eine gewandte Schauspieler-Gesellschaft Kaudels „Gardinenpredigten“, „Guten Morgen Herr Fischer“ und sodann eine vom Direktor selber verfasste Burleske „Odysseus Heimkehr“ zur Aufführung. Vielleicht blüht Herr Wagner an seiner neuen Wirkungsstätte ein Erfolg.

Feuerbericht. Auf dem Anhalter Güterbahnhof geriet Dienstag früh ein Wagen Pflanzholz durch Selbstentzündung in Brand, der von der Wehr abzulösen war. Kurz vorher erfolgte Gutmannstraße 13 ein Zimmerbrand, der Möbel und den Fußboden einäscherte. Ein Mann nach Chausseestraße 4 war durch überglühendes Fett verbrannt. Kleider und Gardinen gingen Charlottenstraße 56 in Flammen auf. Außerdem war Goldensteinstr. 8 ein Küchenbrand zu beseitigen.

Aus den Nachbarorten.

Aus Schöneberg schreibt man uns: Der zwischen dem Magistrat und der Tiefbaukommission entstandene Konflikt, der den Rücktritt dreier Herren aus dieser Kommission zur Folge hatte, beschäftigt lebhaft die hiesige Bürgerschaft. Bekanntlich hat der Magistrat, ohne die Ansicht jener Deputation einzuholen, die Asphaltierung einiger Straßen angeordnet und andererseits auch ohne Zustimmung von dieser Seite und allen sonstigen Gesetzmäßigkeiten, eine Submmission nicht dem Mindestfordernden, sondern einem um 1000 M. teureren Mitbewerber zugesprochen, trotzdem gegen den ersten Submittenten nicht das geringste vorliegen sollte. Wenn man auch in diesem Falle die vom Magistrat nunmehr zugesagte Aufklärung über die „Gründe“ des Uebergehens des Mindestfordernden abwarten muß, die ja jedenfalls nicht in Bezug auf Lohn und Arbeitszeit seiner Arbeiter resultieren dürften, so wollen wir doch jetzt schon im Interesse der Selbstverwaltung der städtischen Kommune gegen das Gebahren einiger „amlichen Väter“ protestieren, die sich nicht scheuen, den vom Magistrat eingenommenen Standpunkt, „Deputationen seien untergeordnete Organe des Magistrats“, durch Wiedergabe einiger Paragraphe der Städteordnung der Bürgerschaft ad oculos zu demonstrieren. Wohl lautet der tote Buchstabe, daß die Deputationen dem Magistrat untergeordnet sind, und unter Aufsicht und Leitung die ihnen übertragenen Geschäfte ausführen. Daraus folgt aber lange noch nicht, daß nunmehr der Magistrat der ausschlaggebende Faktor, die Deputation aber bloß die ausführende Instanz sei. Etwas dergleichen will der Gesetzgeber nicht. Der Stadtoberordnete-Vorsitzer hat vollauf recht, wenn er ausgeführt, „die Deputation ist nicht subordinirt, sondern koordinirt.“

Schöneberg. Eine Reorganisation des hiesigen städtischen Armenwesens nach Berliner Muster soll in nächster Zeit erfolgen. Man plant die Zusammenlegung der jetzigen Bezirke mit den bestehenden Stadtebezirken. Den so gebildeten Armenbezirken würden dann die verbleibenden Armen-Bezirksvorsteher als „Armenkommissionsvorsteher“ vorstehen und es würde ihnen je eine Kommission von ca. 10 oder noch mehr mit den Verhältnissen des Bezirks vollkommen vertrauten Personen beigegeben werden, welche zusammen mit dem Vorsteher dann je eine „Armenkommission“ bilden. In diesen Kommissionen soll dann auch über die Vergabe von Unterstüßungen direkt entschieden werden.

Ueber einen besonders schweren Dienst führen die Briefträger des Postamts 1 in Charlottenburg lebhaft Klage. Dort hat der Postdirektor die Neuerung getroffen, daß die Briefträger, welche eigentlich jeden dritten Nachmittag frei haben sollten, abwechselnd an solchen Nachmittagen Dienst thun müssen. Auf erhobene Beschwerden sind dann zwar die 70 wöchentlichen Dienststunden auf 68 vermindert worden, jedoch wiederum auf Kosten der Briefträger, denn bei der dritten Bestellung am Nachmittag hat einer der Angestellten zwei Reviere zu bestellen, eine Einrichtung, die auf keinem Berliner oder Charlottenburger Postamt üblich sein soll. Die in Betracht kommenden Briefträger hoffen, daß für sie eine solche Benachteiligung bald aufhöre.

Aus Niddorf. Der neue Bebauungsplan für unsere Stadt ist gegenwärtig in Arbeit und wird noch im Herbst d. J. erscheinen. Derselbe wird nicht nur die Haus- und Grundbuchnummern, sondern auch die Namen der Grundbesitzer und die Größenangabe der einzelnen Parzellen enthalten. Im Interesse zu vermeiden, soll der Plan vor seiner Veröffentlichung öffentlich angelegt werden. — In einem Lokal am Kottbuser Damm geriet der Aufsicht Robbert Heber aus Berlin mit andern Personen in Streit, wobei er durch mehrere Messerstiche so erheblich verletzt wurde, daß er nach der Unfallstation XII. gebracht werden mußte. Der Messerheld benutzte die Aufregung, um zu entkommen. — In Lebensgefahr gerieten in der Nacht zum 1. Feiertag die im Parterre des Hauses Wahnmannstr. 21 wohnhaften Wieter dadurch, daß im Keller Lumpen in Brand gerieten und die oberen Räume arg verqualmten. Glücklicherweise wurde der Qualm von Straßenspatanten rechtzeitig bemerkt, sodaß die Hausbewohner gerettet werden konnten, bevor ein Unglück geschehen war. Das Feuer wurde mit Leichtigkeit gelöscht.

In Zehlendorf hat am Sonnabend von neuem ein Unglücksfall gezeigt, wie unzureichend es in manchen Vororten noch mit der öffentlichen Hilfeleistung ist. Nachmittags 5 Uhr war in der Nähe des Oris ein Mann erkrankt von einem Postwagen überfahren worden. Als der herbeigeholte Arzt die Ueberführung des Verunglückten in ein Krankenhaus angeordnet hatte, telephonierte man nach dem Orte um Stellung des Krankenwagens, doch kam die

Antwort zurück, daß keine Hilfe gewährt werden könne, weil es an Pferde zum Vorspann fehle! Nacheinander wandten die Hilfeleistenden sich mit dem gleichen Gesuch telephonisch nach Großlichterfelde, und von dort erhielt man denn auch, wenn auch erst in etwa zwei Stunden, einen Krankenwagen. Gut zwei Stunden nahm ferner der Transport nach Berlin in Anspruch, so daß der Verletzte erst in der zehnten Abendstunde im Krankenhaus behandelt werden konnte. Der Verunglückte hatte einen Schlüsselbruch und eine Rippenquetschung erlitten. Getadelt wird von Augenzeugen, daß einige der Berufsgehilfen des Lehelings sich recht lässig in der Hilfeleistung zeigten.

Ein brennender Dampfer erreichte am Sonntagmorgen auf dem Wannsee große Verwirrung. Nachmittags gegen 6 Uhr hatte der Personendampfer „Gineta“, während eine Gewitterboe heraufzog, Wannee verlassen und steuerte nach Spandau, als ihm nach etwa viertelstündiger Fahrt ein brennender kleiner Motordampfer entgegenkam. Es war der Privatedampfer „Madow“ (Besitzer Gutmann-Wannsee) und auf ihm befanden sich etwa zwölf Damen und Herren. Durch den Wind angefacht, brante das Achterdeck bereits lichterloh. Der Dampfer „Gineta“ legte nun auf der Lufseite bei und nahm die Gesellschaft von dem brennenden Dampfer an Bord. Nachdem dies ohne Unfall erfolgt war, wurde dem Schiffsführer der „Madow“ ein Tau zugeworfen, das er an zwei Messingrollen befestigte. Allein beim Anziehen wurden die Rollen herausgerissen und fielen ins Wasser. Nun näherte sich der „Madow“ ein Boot, dessen Insassen das Feuer auslöschten. Inzwischen fuhr die kaiserliche Yacht „Alexandra“ mit dem Kaiser an Bord vorüber, der schon von weitem den brennenden Dampfer durch das Fernrohr beobachtete. Als der Kaiser sich überzeugt hatte, daß die Flammen zum Erlöschen gebracht waren, fuhr er ohne Aufenthalt weiter.

Gerichts-Beilage.

Die schweren Verfehlungen, die sich der frühere Subdirektor der Krankenkasse „Hälse“ hat zu Schulden kommen lassen, gelangten gestern vor der neunten Strafkammer unter dem Vorsteher des Landgerichtsdirektors Müller zur Erörterung. Aus der Untersuchungshaft wurde der Kaufmann Max Urban vorgeführt, der des wiederholten Betruges im Rückfalle, der Urkundenfälschung, Unterschlagung und Untreue beschuldigt war. Urban versuchte, daß er bereits vielfach wegen Betrug, zuletzt mit 2 Jahren Zuchthaus, verurteilt war und erzielte dadurch, daß er als Generalagent bei der „Hälse“, Versicherungsgesellschaft gegen Einbruchdiebstahl, angestellt wurde. Es kamen in seinem Geschäftsbetriebe Unregelmäßigkeiten vor, die allerdings nicht zum Gegenstand einer Anklage gemacht wurden, aber seine Entlassung zur Folge hatten. Im Sommer 1898 wurde genannte Krankenkasse gegründet und Urban mit dem Posten eines Subdirektors mit dem Sitz in Berlin betraut. In seinem Bezirk gehörten die Provinzen, Schleswig-Holstein, die Mark und ein Teil von Berlin. Der Angeklagte mietete im Hause Stallierstraße Nr. 82 eine Wohnung von sechs Räumen, von denen er drei zu Bureauzwecken einrichtete. Er nahm einen Bureauvorsteher, einen Buchhalter, eine Buchhalterin und einen Lehrling an und außerdem drei Kassenboten. Der Angeklagte ließ sich von sämtlichen Angestellten Kautions hinterlegen. Vom Bureauvorsteher wurden 5000 M. verlangt unter dem Hinweis, daß derselbe große Summen zu verwalten habe. Der Angeklagte wußte durch seine Angabe, daß das Geld nicht sofort hinterlegt zu werden brauche, da er durch Deffieren seines Geldschanks leicht beweisen könne, daß er vorläufig über bedeutende Mittel verfüge, das Vertrauen des Bewerbers zu erregen; der letztere trat die Stellung an. Nach kurzer Zeit verlangte der Angeklagte vom dem Bureauvorsteher den verprochenen Einzug, der auch gewährt wurde. Urban wußte seinen Angestellten zu überreden, ihm gegen Verpfändung der ganzen Einrichtung das Geld als Darlehn zu geben. „Wir machen abzunehmende Geschäfte, im nächsten Jahre fahren wir auf Gummirädern“, versicherte dabei der Angeklagte. Sowie Urban das Geld im Leih hatte, ging er zu einem Juwelier und kaufte für seine Ehefrau Schmuckgegenstände zum Betrage von etwa 600 M. Die Einnahmen, die Urban bezog, bestanden in 150 M., die jedes Mitglied der Krankenkasse als Einschreibegeld zu entrichten hatte, ferner fielen ihm 20 Proz. von den eingezahlten Beiträgen zu. Hieron hatte Urban die Bureau-Ankosten einschließlich der Gehälter der Angestellten zu bestreiten. Einnahmen und Ausgaben standen in einem schlechten Verhältnis und es kamen arge Sachen ans Licht, als das Unternehmen im Herbst vorigen Jahres zusammenbrach und Urban verhaftet wurde. Urban hatte den Kautionschwundel in umfangreicher Weise betrieben und besonders die von ihm angenommenen Kassenboten empfindlich geschädigt. Aber auch die von dem Angeklagten vertretene Gesellschaft hatte durch dessen unrelle Handlungsweise einen erheblichen Verlust zu beklagen. Urban hatte einen großen Teil der von den Mitgliedern eingezahlten Beiträge nicht zur Gesellschaftskasse abgeführt, sondern anderweitig verwendet. Als man dahinter kam, daß eine unordentliche Geschäftsführung vorlag, richtete der Vorstand an sämtliche Mitglieder ein Rundschreiben, worin ihnen angezeigt wurde, daß dem Angeklagten das Zutastrecht entzogen sei. In Zukunft würden die Quittungen mit einem grünen Querstreifen von einer Ecke bis zur andern überdrückt sein und nur solche seien als echt anzusehen. Der Angeklagte ließ dennoch durch seine Boten das Einkommen weiter betreiben, indem er die Quittungen in der bezeichneten Art mit einem Strich verfälschte, den er mittels grüner Kreide herstellte. Bei der Aufnahme von sich meldenden Mitgliedern soll der Angeklagte höchst fahrlässig vorgegangen sein, so daß mehrere Mitglieder, die bei Krankheitsfällen Anspruch auf Unterstützung erhoben, abgewiesen wurden, weil sie den ihnen vorgelegten Fragebogen unvollkommen ausgefüllt hatten, was auf die Nachlässigkeit des Angeklagten zurückzuführen war.

Der Angeklagte war zu einem Geständnis nicht zu bewegen, sondern ließ es auf eine umfangreiche Beweisaufnahme ankommen. Er behauptete, daß er das fehlende Geld lediglich zu Vorkäufen für die Agenten und zu Reklamezwecken verwendet habe, wozu er berechtigt gewesen sei. Die Zeugenvernehmung fiel durch aus Unklarheiten des Angeklagten aus. Richterrevier-Dora hat eine gewaltige Arbeit mit der Durchsicht der Bücher des Angeklagten gehabt, mußte aber erklären, daß es ihm bei der höchst mangelhaften Buchführung nicht möglich gewesen sei, eine Vermögensübersicht zu gewinnen. Er habe festzustellen vermocht, daß Urban etwa 1800 M. für Annoncen verausgabt habe. Im übrigen sei es ganz unmöglich gewesen, daß der Angeklagte bestehen konnte, denn während seiner Thätigkeit habe ihm nur ein Prämienanspruch von 2000 M. zugestanden, während er allein während dieser Zeit über 4000 M. an Gehalt zu zahlen hatte. Der „Hälse“ zugesagte Schaden betrug ursprünglich 8500 M., es ist dem Angeklagten aber noch gelüßt, in letzter Stunde einen Betrag von 5000 M. zu bewegen, die der Kasse zugeführt wurden.

Staatsanwalt Dehrenscläger führte in seinem Plaidoyer an, daß es gar nicht darauf ankomme, ob vielleicht der eine oder andere Fall mangels ausreichenden Beweises ausgeschieden werden könne, das Sündentagelbuch des Angeklagten sei ein so großes, daß sein Gesamtverhalten beurteilt werden müsse. Er beantragte gegen ihn eine Zuchthausstrafe von sechs Jahren, 10-jährigen Ehrverlust und eine Geldstrafe von 1500 M., oder im Unvermögensfalle noch 100 Tage Zuchthaus. — Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Löwenstein, versuchte dem Angeklagten mildernde Umstände zu erwirken, indem er darauf hinwies, daß derselbe beim Eintritt in seine Stellung gewiß von den besten Absichten befehle gewesen und erst wieder auf Abwege geraten sei, als seine Hoffnungen auf eine reichere Einnahme sich nicht verwirklichten.

Das Urteil lautete auf eine Zuchthausstrafe von 5 Jahren 6 Monaten, 10-jährigen Ehrverlust und 900 M.

Geldstrafe oder noch 60 Tage Zuchthaus. 6 Monate wurden durch die exaltierte Unternehmungshalt für verbüßt erachtet.

Vermischtes.

Aus Konitz wird vom Dienstag berichtet: Hier herrscht jetzt Ruhe. Die Verfügung, nach welcher die Restauration um 9 Uhr abends schließen müssen, ist aufgehoben worden. Andererseits hat der Regierungspräsident angeordnet, daß der Jahrmarkt nicht abgehalten werden darf. Polizei-Inspektor Braun und Kriminalkommissar Behr sind nach Berlin abgereist, das Militär ist vorgestern früh abmarschiert. Der Bürgermeister Debitius hat eine Urlaubskarte angebeten. Schlächtermeister Hoffmann ist, wie ihm von der Polizei mitgeteilt wurde, in Bezug auf die Winterliche Werdtschlag außer Verdacht. Gestern mittag 12 Uhr brannte der Holzraum der Synagoge. Das Feuer wurde jedoch von einem Polizei-Sergeanten gelöscht.

Die Verkehrsförderung auf der Peenebrücke bei Demmin ist durch Herstellung einer provisorischen Brücke beseitigt. Der Durchgangsverkehr ist seit Sonntagvormittag 8 Uhr in vollem Umfang wieder aufgenommen.

Aus Graudenz wird berichtet: Vier Sträflinge des hiesigen Zuchthaus sind am Freitagmorgen, nachdem sie den Häftlingsführer Jahn, der die Sträflinge von einem Rundgang in ihre Zelle zurückführen sollte, mit einem Hammer niedergeschlagen hatten, aus der Anstalt entwichen. Einer der Sträflinge zog sich den Kopf des erkrankten Aufsehers an, setzte dessen Mütze auf und schaltete das Seitengewehr des Erschlagenen um. Die Sträflinge überlegten sodann die Mauer und der als Aufseher verkleidete Sträfling führte seine Genossen durch die Stadt. Vor der Stadt trennten sich die vier. Zwei von ihnen sind entkommen, die beiden andern wurden in der Nähe der Stadt erkannt und nach heftigem Widerstande überwältigt und zurückgebracht. Die beiden Entkommenen haben in der Nacht zum Montag in einem benachbarten Dorfe einen Einbruch verübt und sind noch nicht ergriffen worden. Die Entkommenen heißen Kuh und Neumann. Der Aufseher ist nach drei Stunden seinen Verletzungen erlegen.

In Hamburg und dessen Umgebung gingen während der Nacht zu gestern und gestern früh zahlreiche starke Gewitter nieder. Das Offizierskasino in Wandstedt wurde vom Blitz getroffen und brannte vollständig nieder, eine Anzahl wertvoller Gemälde wurden vernichtet; ein zweiter Blitzschlag traf die Kaserne, ohne jedoch zu zünden. Insofern werden eine Reihe weiterer durch Blitzschlag verursachter Schäden gemeldet; Personen sind jedoch nicht zu Schaden gekommen.

Jugentgleisung. Sonnabendvormittag entgleiste, wie die „Schlesische Zeitung“ meldet, zwischen Goldberg und Korbau ein Eisenbahnzug. Der Heizer wurde schwer, von den Reisenden wurde niemand verletzt. — Ein schweres Eisenbahnunglück wird aus Ostow am Don. 4 Juni gemeldet: Auf der Katharinenbahn stießen zwei Güterzüge zusammen, wobei 5 Waggons zertrümmert wurden. Mehrere Personen wurden getötet.

Von einer Schiffskollision wird aus Paris, 5 Juni, berichtet: Gestern abend 9 Uhr fand auf der Seine zwischen der „Konfidenz“ und der „Alexandra“ ein Zusammenstoß zwischen zwei Personendampfern statt. Der eine derselben, welcher mit Passagieren besetzt war, fuhr stromauf in der Richtung auf Charenton, der andre fuhr stromabwärts leer nach Autueil. Letzterer sank bei dem Zusammenstoß. So weit bekannt, ist niemand verunglückt.

Ein schrecklicher Straßenbahnunfall wird aus Budapest gemeldet: Infolge einer Entgleisung stürzte ein aus Kowitz zurückkehrender, mit Anhängern vollbesetzter Straßenbahnwagen um. Vier Personen wurden getötet, neun verwundet.

Ein Gerichtsverfahren hat sich Sonnabendnachmittag um 1/3 Uhr am Reiban des Oberlandesgerichts zu Karlsruhe ereignet. Der Zusammenstoß wurde herbeigeführt durch den Südweststurm, der am Nachmittag kurz vor Ausbruch eines Gewitters über die Stadt zog. Die Opfer der Katastrophe sind 1 Toter, 3 Schwerverwundete, und 4 Leichtverwundete. Die erste Hilfe wurde geleistet von drei Militärärzten und einer Abteilung Soldaten aus der benachbarten Infanteriekaserne. Mangelhafte Beachtung der Bauvorschriften durch den Unternehmer soll die eigentliche Ursache des Unglücks gewesen sein.

Stierkämpfe in Frankreich. In Deniz bei Enghien (Departement Seine et Oise) fanden am Montag Stierkämpfe statt. Da die Tiere von den Matadoren sehr ungeschickt getötet wurden, ward die Menge unwillig und züchte die Matadore heftig aus. Ein Mann, Namens Poin Aqueli aus Schwaben feuerte außerhalb der Arena drei Revolverkugeln auf die Matadore ab und verwundete zwei derselben leicht. Aqueli wurde verhaftet; er erklärte, er habe mit seiner That nur gegen die unnütze Schlächterei protestieren wollen.

Aus Madrid, 3. Juni, wird telegraphiert: In Zahena bei Cadix kam es zwischen Hafenarbeitern aus Gibraltar und Zollbeamten zu einem Zusammenstoß. Die Gendarmen mußte einschreiten. Vier Personen wurden verwundet, zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Vornehme Festen. Aus New York wird unter dem 1. Juni berichtet: Die amerikanischen Millionärsöhne haben jetzt eine neue Art des Amüsierens entdeckt. In den südlichen Staaten besonders ist ein neuer Jagdsport Mode geworden, der an Grausamkeit und Schenlichkeit alles bisher Dagewesene übertrifft. Es handelt sich nämlich um eine Menschenjagd mit Winchester. Ein Jagdklub von schweizerischen Leuten in Richmond, Virginia, unternahm dieser Tage eine aufregende Jagdpartie. Ein Weiber und ein Regier wurden für diesen Zweck gemietet. Man gab ihnen einen Vorsprung von zwei Stunden. Drei wilde Bluthund wurden dann auf ihre Fährte losgelassen und die Jagdgesellschaft folgte zu Pferde. Die Jagd nahm zum Ausgangspunkt das Dorf Suffolk. Nach einigen Meilen im Galopp nahmen die Hunde unter fürchterlichem Gebell die vorausgeschickten Menschen wahr, die in ihrer entsetzlichen Angst nur noch mit Mühe einen Baum erklimmen konnten, und so nach der Gefahr entgingen, in Stücke gerissen zu werden. Dieser unmensliche Sport ruft in der amerikanischen Presse scharfe Proteste hervor.

Die Pest. Aus Sydney, 3. Juni, wird gemeldet: Die Gesamtzahl der bisher hier vorgekommenen Pestfälle beträgt 261, von denen 94 tödlich verlaufen sind.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck Verlag) ist soden das 28. Heft des 18. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Verfassungsmäßigkeiten. — Der Sozialismus und die kapitalistische Umwälzung der Landwirtschaft. Von E. Bendoriczy, Brüssel. Aus dem Französischen überlegt von Justus Vorstadt, Hamburg. — Zur Frage der Neutralisierung von Gewerkschaften. Von A. Ströbel. — Aristokratisches Verbrechen (Mala Vita a Roma). Von G. Ungelardi. — Bilanz der Dohrktion. Von Rosa Luxemburg. — Heiligkeit: Die Dame mit dem Dämon. Von Anton J. Schöner. Uebersetzt von Eugenie Klorn. Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieck Verlag) ist und soden die Nr. 12 des 10. Jahrgangs eingegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Für Stilleben und gleiches Recht. — Die Lage der Arbeiterinnen in Stuttgart. Von E.ckh. — Frauenarbeit in der österreichischen Kantatindustrie. Von Dr. W. — Aus der Bewegung. — Heiligkeit: Medizinern des Mittelalters. Von Melanie Wipf. Aus dem Französischen überlegt von Eugenie Klorn. (Fortsetzung). — Rittgenet von Vito Braun und Maria Settin. — Soziale Bewegung. — Frauenbewegung. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1890 unter Nr. 3122) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf.